

von Blücher vertretenen Lösungsvorschlag, eine Einberleiung des mit Galizien vereinigten Königreiches Polen in die österreichisch-ungarische Monarchie stets als den richtigen angesehen habe. Er müsse aber hinzufügen, daß die Verwirklichung dieser Absicht das Verdienst der Mittelmächte war und die Polen des Königreichs für die Befreiung ihres Landes von der Russenherrschaft nichts getan haben. Wohl beachtet verdienen die Worte des Freiherrn von Plener über den Friedenswillen Oesterreich-Ungarns und über seine Bekämpfung durch die Berliner Alldeutschen zu werden:

„Die hiesige Leitung der äußeren Angelegenheiten führt eine Friedenspolitik. Im großen und ganzen ist im Deutschen Reich auch eine solche Stimmung. Aber sagen wir es offen, es gibt im Deutschen Reich auch andere Strömungen. Strömungen erpaunder Art, die trotz des dreijährigen Krieges noch immer von großen Eroberungen und Expeditionen des Deutschen Reiches sprechen und daher ein Umbauen des Friedens auf den gegenwärtig einfachen Formeln, wie sie jetzt in Diskussion stehen, verhorreszieren. Wie stark diese Strömungen in Deutschland sind, vermag ich nicht zu sagen, die meisten von uns absolut nicht zu bezeichnen: sie bestehen aber und sind nicht zu unterschätzen. Sie vermehren die Schwierigkeiten der verantwortlichen Männer der deutschen Reichsregierung und darum ist die Haltung der deutschen Reichsregierung, wenn sie in die mit unseren Zielen gemeinsame, gemeinschaftliche Richtung einlenkt, um so anerkannterwert. Tauschen wir uns nicht: Die allgemeinen Friedensideen, die man hier namentlich in den früheren Jahren offiziell so geringfügig und verächtlich behandelt, spielen einmal in der öffentlichen Meinung der westlichen Staaten seit Jahren schon eine gewisse Rolle und ich glaube, daß die Haltung der Diplomatie der beiden Zentralmächte, die auf den beiden letzten Haager Konferenzen tatsächlich eine Ablehnung aller derartigen internationalen Bekämpfungen bedeutete, und in der öffentlichen Meinung jener Länder und Völker wesentlich geschadet hat.“

In Deutschland hat die üble Gewohnheit eingerissen, die österreichischen Parlamentarier in Grund und Boden zu verdammen, weil sie an dem fatalen Uebel kranken, nicht immer zu sagen, wenn die Regierung A gesagt hat. Unabhängige Beobachter werden mit Befriedigung feststellen, daß sich die österreichischen Reichsratsmitglieder in schätzenswerten Umlänge ihre geistige Freiheit gegenüber englischen Journalisten und vor allem auch gegenüber der Kriegshysterie gewahrt haben und nur wünschen, daß es nicht bei einer bloßen Kritik aus reiner Verachtung bleibe, sondern daß sich die Parlamente auch als wirksame Schrittmacher des Friedens und der Neuorientierung Oesterreichs bewähren.

Allgemeine politische Amnestie in Oesterreich.

Wien, 2. Juli. Im Justizauschuß des Abgeordnetenhauses verlas der Ministerpräsident Dr. Ritter von Seidler folgendes kaiserliches Handschreiben:

Es ist Mein unerschütterlicher Wille, die durch eine göttliche Vorsehung Mir anvertrauten Rechte und Pflichten in der Weise auszuüben, daß Ich die Grundlagen schaffe für eine gedeihliche und segensreiche Entwicklung aller Meiner Völker. Die Politik des Ganges und der Vergeltung, die durch unläsliche Verhältnisse genährt, der Weltkrieg auslöste, wird nach dessen Beendigung unter allen Umständen und überall ersetzt werden müssen durch eine Politik der Versöhnlichkeit.

Dieser Geist muß auch im Innern des Staates horkommen. Es gilt, mit Mut und Einsicht und in wechselseitigem Entgegenkommen die Wünsche zu befriedigen. In diesem Zeichen der Versöhnlichkeit will Ich mit Gottes mächtigem Beistand Meine Regentenspflichten üben und will als Erster den Weg milder Nachsicht betreten über alle jene bedauerenswerten politischen Verirrungen, die sich vor und während des Krieges ereigneten und die zu strafgerichtlichen Verfolgungen führten, den Schleier des Vergessens breiten.

Ich erlasse den Personen, die von einem Zivil- oder Militärgericht wegen einer der folgenden im Zivilverhältnis begangenen strafbaren Handlungen verurteilt worden sind, die verhängte Strafe: Schwere (SS 58-62 St.G.), Majestätsbeleidigung (S 63), Beleidigung der Mitglieder des Kaiserlichen Hauses (S 64), Störung der öffentlichen Ruhe (S 65), Aufruhr (SS 68-72), Aufruhr (SS 73-75), gewaltsames Handeln gegen eine von der Regierung zur Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten berufene Versammlung, gegen ein Gericht oder eine andere öffentliche Behörde (SS 76, 77, 80), ferner strafbare Handlungen nach Artikel I, II und IX des Gesetzes vom 17. Dezember 1862, Reichsgesetzblatt 8 vom Jahre 1863, Vorshuldstellung zu einem der angeführten Verbrechen (SS 211-219).

Nicht nur wegen einer der bezeichneten strafbaren Handlungen will Ich die Strafe nachsehen, wenn die anderen strafbaren Handlungen entweder verhältnismäßig geringfügig sind oder einen vorwiegend politischen Charakter haben.

Ist das Strafverfahren noch nicht rechtskräftig beendet, so verfüge Ich die

Einstellung und Abbrechung des Verfahrens, wenn es nur wegen der eingangs bezeichneten strafbaren Handlungen eingeleitet ist.

Von dieser Gnade sollen jedoch alle Personen ausgenommen sein, die sich der Verfolgung durch Flucht ins Ausland entzogen haben, zum Feinde übergegangen oder nach Ausbruch des Krieges nicht in die Monarchie zurückgekehrt sind.

Zugleich mit der Strafe erlasse Ich die kraft gesetzlicher Vorschriften als Folge der Beurteilung eingetretene Unfähigkeit, bestimmte Rechte Stellungen und Befugnisse zu erlangen sowie den Verlust des Wahlrechtes und der Wählbarkeit in öffentliche Körperschaften.

Ich erwarte mit Zuversicht, daß alle Meine Völker, dem Beispiele folgend, das insbesondere die Deutschen und ihre Vertreter durch ihre maßvolle, die Staatsinteressen fördernde Haltung auch bei den jüngsten parlamentarischen Verhandlungen zu Meiner lebhaften Befriedigung gegeben haben, sich in gemeinsamer Arbeit zur Lösung aller jener großen Aufgaben zusammenfinden, die zur Heilung der Wunden, die der Krieg geschlagen hat, und zur Neuordnung der Dinge an der Schwelle einer neuen Zeit an uns herantreten.

Für die dank der unerschütterlichen Haltung meiner tapferen braven Soldaten glücklich erfolgte Abwehr der letzten Offensive an der Südwestfront Meines Heeres glaube Ich Meine Dankeschuld an die allgütige Vorsehung und an Meine Truppen nicht besser abtatten zu können, als durch diesen Gnadenakt.

Ich wähle hierzu den heutigen Tag, an welchem Mein innigst geliebter ältester durch Gottes Gnade Mir geschenkter Sohn die Feier seines heiligen Namenspatrons begeht.

Neuer englischer Angriff westlich Lens — Französische Angriffe bei La Bavelle — Schwere Kämpfe in Ostgalizien — Konjuch verloren — Massenstürme bei Brzezan — Russenangriffe in Wolhynien.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 2. Juli 1917. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Nur in wenigen Abschnitten zwischen Meer und Somme steigerte sich der Artilleriekampf.

Während Erkundungsvorstöße der Engländer östlich von Neuport, bei Gavrelle und nordwestlich von St. Quentin scheiterten, gelang es einigen unserer Stoßtruppen, in der Hfer-Niederung nördlich von Dignau durch Ueberfall dem Feinde erhebliche Verluste zuzufügen und eine größere Anzahl Belgier als Gefangene einzubringen.

Frühmorgens und von neuem am Nachmittag griffen die Engländer westlich von Lens an. Sie drangen an einigen Punkten in unsere Linie, sind jedoch durch überschüssige Regimenter in Raufkämpfen, bei denen über 175 Gefangene und 17 Maschinengewehre von uns einbehalten wurden, überall wieder geworfen worden.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach starker Feuertvorbereitung setzten die Franzosen am Chemin-des-Dames gegen die von ihnen südlich des Schöfies La Bavelle verlorenen Gräben an. In Kämpfen, die am Dhang der Hochfläche besonders erbittert waren, sind sämtliche Anläufe des Feindes abgesehen worden.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine Ereignisse von Belang.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die russischen Angriffe am 1. Juli zwischen der oberen Strypa und dem Ostufer der Karajowka führten zu schweren Kämpfen.

Der Druck der Russen richtete sich vornehmlich gegen den Abschnitt von Konjuch und die Höhenlinien östlich und südlich Brzezan. Zweitägige stärkste Artillerievorbereitung hatte unsere Stellungen zum Trichterfeld gemacht, gegen das die feindlichen Regimenter den ganzen Tag über ankämpften. Das Dorf Konjuch ging verloren; in vorbereiteter Kieselstellung wurde der russische Massenstoß aufgefangen; neuer Angriff gegen sie zum Scheitern gebracht.

Weiderseits von Brzezan wurde besonders erbittert gekämpft. In immer neuen Wellen führten dort 16 russische Divisionen gegen unsere Linien, die nach wechselvollem Ringen von sächsischen, rheinischen und osmanischen Divisionen in tapferster Gegenwehr völlig behauptet und im Gegenstoß zurückgewonnen wurden.

So führt die Hand eines Kindes, welches berufen ist, dereinst die Geschicke Meiner Völker zu leiten, Verirrte ins Vaterland zurück.
Loyenburg, am 2. 7. 1917.

Karl m. p. Seidler m. p.

Es wäre kleinlich, angesichts einer solchen erretulichen Tat über Fragen des Stils zu sprechen, über die man gewiß verschiedener Meinung sein kann. Hauptsache: mit einem Federstrich ist viel Schmeres und Hartes beseitigt worden, das während des Krieges in Oesterreich begangen worden ist — soweit es nach zu beseitigen war! Was lebt und in den Zuchthäusern schmachtet, ist gerettet und in seine alten Rechte wieder eingeseht.

Anderwärts, wo es nicht so schlimm ist, wie es in Oesterreich war, sollte man aber darüber nachdenken, ob man sich in solchen Fragen von seinen Bundesgenossen trennen soll!

Lloyd Georges Rede — ein Vorschlag zum Verständigungsfrieden.

Eine österreichische Pressestimme.

In Besprechung der Rede Lloyd Georges findet die „Neue Freie Presse“, daß sie von früheren Kundgebungen wesentlich verschieden ist. Lloyd George zeige heute der Welt zum ersten Male den Entwurf wichtiger Bedingungen seines Friedens, eines Verständigungsfriedens. Die Bedeutung der Rede, sagt das Blatt, liegt darin, daß sie der erste Versuch ist, Deutschland und auch die Monarchie abzusäen, gewiß nicht ohne Verschlagenheit, welche die Natur von Lloyd George ist. Deutschland wird die Lockspeise des Wiedererwinnens der Kolonien hingehalten, damit es auf seine größte Schöpfung, auf fruchtbare Arbeit in Kleinasien verzichte und von der Türkei politisch und wirtschaftlich getrennt werde. Aber die Rede ist nicht bloß ein Ereignis durch die darin gemachten Geständnisse, sondern auch durch die Beweggründe, die den Premierminister zum Nachdenken über die Voraussetzungen des Friedens gebracht haben, nämlich die Umwälzung in Rußland. Rußland ist der härteste Schlag, der die Entente traf. Aus den Vorfällen in Petersburg sei auch die Friedensrede Lloyd Georges zu erklären. Ein Merkmal in dem Wechsel in der Stimmung sei sie jedenfalls.

Frankreichs Staatsfinanzen.

Nach Lyoner Blättern führte im Haushaltsauschuß bei den Erörterungen über die Haushaltsmittel der Generalberichterstattung aus, die Ausgaben betragen 9848 000 000 Franks, denen nur 1 700 000 000 Franks wirkliche Einnahmen gegenüberstünden. Der Rest müsse durch außerordentliche Einnahmen gedeckt werden. Die Schuld Frankreichs betrage augenblicklich 92 Milliarden, die Zinsen allein betragen 4 1/2 Milliarden.

Kußerdem müsse man jährlich 2 Milliarden für Pensionen und 3 Milliarden für Zivildienstleistungen, ungerechnet die Ausgaben für soziale Fürsorge, also zusammen 9 1/2 Milliarden veranschlagen. Bei Deduktion dieser Ausgaben verbleibe bei gewöhnlichen Einnahmen ein Fehlbetrag von 2 1/2 Milliarden, der durch neue Steuern gedeckt werden müsse.

Die Verfolgung der Friedenspropaganda in Frankreich.

„Rouvelliste de Lyon“ meldet aus Paris: Die Polizei beschlagnahmte vor einigen Tagen Nummern der Zeitung „Libertaire“ mit besonders heftigen Artikeln für friedensfreundliche Propaganda. Nummern wurden auch auf Anweisung des Ministers des Innern sieben Redakteure und der Direktor der Druckerei der „Libertaire“ verhaftet.

Die russischen Verluste übersteigen jedes bisher bekannte Maß; einzelne Verbände sind aufgerieben.

Längs des Stochod und am Dniepr hielt die lebhafteste Feuer-tätigkeit der Russen an. Nördlich der Bahn Rowel-Lucz brach ein Angriff des Gegners vor der Front einer österreichisch-ungarischen Division zusammen.

Bei den anderen Armeen keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Lubendorf.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 2. Juli 1917, abends.

Im Westen nichts Neues.

Im Osten sind bei Konjuch russische Angriffe zusammengebrochen und weiter nördlich neue Kämpfe entbrannt.

Der österreichische Bericht.

Wien, 2. Juli 1917. (W. L. S.) Amlich wird

verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Gestern hat der Feind zwischen der Karajowka und der Strypa seine zusammengeballten Infanteriemassen in der ihm eigentümlichen Art voll in die Schlacht geworfen. Ungeachtet der schweren Verluste, die ihm schon unser Artilleriefener zugefügt hat, schob er seine Sturmwellen durch fortwährenden Einsatz dichter Reserven in den Raufkampfbereich heran. Allmählich kamen mindestens 20 Infanteriedivisionen zum Eingreifen. An der ganzen 50 Kilometer breiten Schlachtfrent tobte der Infanteriekampf mit äußerster Hestigkeit und Erbitterung; hierbei wurde der Feind größtenteils schon vor unseren vordersten Gräben abgewiesen. Die stärksten Massenstöße richteten sich gegen die Räume südlich Brzezan und Konjuch, wo sie in Kieselstellungen abgewehrt wurden. Alle auch in den heutigen Morgenstunden mit Zähigkeit erneuten Versuche des Gegners, den Angriff in diesen Räumen vorzutragen, brachen äußerst verlustreich zusammen. Westlich von Zborow und im Stochodnuc konnte sich ein angelegter Angriff in unserem Artilleriefener nicht entwickeln. Die Fortdauer der Schlacht ist zu gewärtigen. An anderen Frontstellen nur vorübergehend auflebendes Artillerie- und Minenseuer.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Außer einer schneidigen Unternehmung des österreichischen Landsturmabteils IV/2 westlich Riva, bei welcher 16 Alpini aus den feindlichen Gräben geholt wurden, ist nichts Wesentliches zu berichten.

Der Chef des Generalstabes.

Dasselbe Blatt meldet, daß es kürzlich in einer Sitzung des Heeresauschusses des Senats zu einem heftigen Zwischenfall zwischen Clémenceau und Maloh gekommen sei. Clémenceau hatte im Auftrag des Heeresauschusses Aufklärungen über die friedensfreundliche Propaganda und die dagegen getroffenen Maßnahmen gefordert. Ribot erklärte, der Ausschuh müsse sich an Maloh wenden. In der darauffolgenden Sitzung erklärte Maloh, man könne die streng geheimen diplomatischen Aktenstücke der Sicherheitspolizei nicht bekannt geben, worauf im Heeresauschuß große Bewegung entstand.

Schließlich schlug Ribot vor, man solle auf der Sicherheitspolizei einige Senatoren in die Aktenstücke Einsicht nehmen lassen. Senator Selbes und der Unterausschuß des Senatsauschusses begaben sich hierauf zur Sicherheitspolizei und verlangten die Einsichtnahme, wofür auch das Personal der Sicherheitspolizei vernahmen. Maloh protestierte und zeigte sich unnachgiebig, so daß die Frage keineswegs gelöst ist.

Die russische Nationalitätenfrage.

Petersburg, 1. Juli. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands nahm eine Entschließung über die russische Nationalitätenfrage an. In der Entschließung wird erklärt, daß diese Frage nur vor die Verfassunggebende Versammlung gehört, daß aber inzwischen die Regierung alsbald vorläufige Gesetze erlassen soll, die das Recht aller Rußland bewohnenden Nationalitäten anerkennen, über ihre politische Zukunft bestimmen und sie nach ihrem Wunsch organisieren, und die gleiches Recht für die Sprachen verhandeln, wobei aber der russischen Sprache die offizielle Stelle vorbehalten wird.

Der griechische Geschäftsträger fordert die Pässe.

Berlin, 1. Juli. Der griechische Geschäftsträger Bolhroniadis hat der deutschen Regierung gestern im Auftrage des Außenministers Politis die nachstehende Erklärung übermittelt:

„Infolge der soeben glücklich zustande gekommenen Vereinigung der beiden bisher getrennten Parteien Griechenlands und angesichts der Tatsache, daß mehrere griechische Regimenter an der Balkanfront an den Feindseligkeiten teilnehmen, hält es die griechische Regierung nicht für möglich, weiter amtliche Beziehungen zur deutschen Regierung zu unterhalten.“

Zugleich forderte der Geschäftsträger für sich, das Gesandtschafts- und Konsulatspersonal die Pässe zur Rückreise über die Schweiz.

Den Schutz der griechischen Interessen sollen die Niederlande übernehmen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 1. Juli. Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im nördlichen Eismeer und in den Sperrgebieten um England wiederum

24 200 Br.-Reg.-To.

versenkt.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer Mafioneth (3185 Tonnen) mit Kohlen nach Rußland, Perla (5355 Tonnen) mit einer großen Anzahl Automobilen und Kohlen nach Rußland, der bewaffnete russische Dampfer Kigol (2223 Tonnen) mit Kohlen und großen Maschinen nach Rußland und ein unbekannter tief beladener bewaffneter Dampfer; zwei weitere Dampfer wurden zusammen auf einem Geleitzug herausgeschossen. Zwei der versenkten Segler hatten Holz geladen. Ein Gefahy wurde erbeutet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Bei Cerny und am Toten Mann.

Frankfurter Postenbericht vom 30. Juni abends. Nördlich von St. Quentin wurde ein feindlicher Handstreich auf unsere kleinen Posten in der Gegend von Gricourt leicht abgewiesen. Auf dem linken Maasufer blieb die heiderrseitige Artillerielätigkeit zwischen dem Gehölz von Avocourt und dem Toten Mann sehr stark. Auf den Westhängen des Toten Mannes versuchte der Feind mehrmals seine Vorteile zu erweitern. Alle seine Versuche, aus den Tellen der ersten Linie, die er vergangene Nacht besetzt hat, vorzubrechen, wurden durch unser Feuer gebrochen oder durch unsere Gegenangriffe abgewiesen. Wir machten weitere Gefangene, darunter drei Offiziere. Von der übrigen Front nichts zu melden. — Belgischer Bericht. Während der Nacht griff der Feind einen unserer Vorposten beim Fahrmannsbause an; er wurde nach heftigem Kampf vertrieben. Die deutsche Artillerie war bei Steenstraete und Het Sas sehr tätig. Tagsüber die übliche Artillerielätigkeit.

Vom 1. Juli nachmittags. Westlich von Cerny werden trotz verstärkter Beschützung nur örtliche Kämpfe im Abschnitt von Cerny gemeldet, die durch Handgranatenwerfer abgewiesen wurden. In der Gegend östlich von Reims wurden unsere ersten Linien während der ersten Nachthälfte heftig beschossen. Starke deutsche Handstreich östlich von Pompele (?) und nördlich und nordöstlich von Runah lösteten den Angreifer ernste Verluste, ohne irgend ein Ergebnis zu erzielen. Auf dem linken Maasufer hält der heftige Artilleriekampf in der Gegend des Waldes von Avocourt, bei der Höhe 304 und beim Toten Mann an. Ein feindlicher Angriff gegen die Schanze von Avocourt brach im Feuer zusammen. Westlich des Toten Mannes fand ein heftiger Kampf an einem vorgeschobenen Posten statt, der fünfmal verloren und genommen und schließlich von beiden Parteien geräumt wurde, da die Stellung durch die Beschützung völlig vernichtet worden war.

Vom 1. Juli abends. Im Abschnitt von Cerny und Alles verdoppelte sich Ende der vergangenen Nacht die Beschützung mit Granaten schwerer Artillerie. Kurz danach machte der Feind einen sehr heftigen Angriff östlich von Cerny und besetzte auf einer Front von ungefähr fünfhundert Metern auf beiden Seiten der Straße Alles—Paris eine Linie von Schützengrabensystemen, die durch Geschosse eingeebnet und von unseren Truppen geräumt worden war. Zusammengefaßtes Feuer unserer Batterien richtete große Verwüstungen in den Reihen des Feindes an, der trotz seiner Anstrengungen seinen Angriff nicht weiter vortragen konnte. Im Laufe des Tages ging der Artilleriekampf überall in dieser Gegend sehr lebhaft weiter. An der übrigen Front zeitweise unterbrochenes Geschützfeuer, das auf dem linken Maasufer und im Abschnitt der Höhe 304 und des Toten Mannes lebhafter war. — Belgischer Bericht. Im Laufe der Nacht versuchte der Feind nach einer heftigen Beschützung sich unseren vorgeschobenen Posten am Fahrmannsbause zu nähern; er wurde durch unser Sperrfeuer zum Stillen gebracht. Im Laufe des Tages mähtiges Geschützfeuer zwischen Meninge und Voefinghe.

Englischer Postenbericht vom 1. Juli nachmittags. Nach ihren geistigen Erfolgen griffen unsere Truppen letzte Nacht auf dem Nordufer des Sauezflusses auf einer Front von etwa einer halben englischen Meile unmittelbar südwestlich und westlich von Lens an. Wir machten einen erfolgreichen Vorstoß nordöstlich von Epehy.

Hindenburg zur Kriegslage.

Berlin, 2. Juli. (W. L. B. Nichtamtlich.) Von einer Seite, die dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg nahe steht, wird uns mitgeteilt, daß sich der Generalfeldmarschall folgendermaßen über die gegenwärtige Lage geäußert hat:

Der Krieg ist für uns gewonnen, wenn wir den feindlichen Angriffen standhalten, bis der Unterseebootkrieg sein Werk getan hat. Unsere Boote machen gute Arbeit, sie zerstören die feindlichen Lebensbedingungen stärker als wir dachten. In nicht ferner Zeit werden unsere Feinde zum Frieden gezwungen sein. Sie wissen das, und deshalb werden sie trotz der schweren Niederlagen, die sie am Isonzo, in Tirol, an der Aisne und bei Arras in diesem Frühjahr erlitten haben, ihre Angriffe fortsetzen müssen, mögen sie auch noch so aussichtslos sein. Auf die Hilfe der Amerikaner können sie nicht mehr warten. Sie sollen kommen! Die verbündeten Armeen sind nicht zu schlagen. Die Feinde solange heimisch, bis sie einsehen, daß wir den Krieg gewonnen haben, dann werden Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Bulgarien und die Türkei den Frieden bekommen, den wir nötig haben zur freien Entfaltung unserer Kräfte. Der Feind hat uns unterschätzt, er glaubt an die Macht seiner zahlenmäßigen Überlegenheit und meint, daß Entbehrungen uns zwingen könnten, einem Frieden zuzustimmen, der unsere und unserer Kinder Zukunft vernichtet. Ich wünsche, daß die Staatsmänner unserer Feinde den gleichen Einblick in die Monarchie hätten, wie ich ihn erneut gewonnen habe. Sie würden von ihrem Vorhaben ablassen. Ich nehme von meinem Besuch die feste Überzeugung mit, daß wir zusammenstehen werden, bis zum siegreichen Ende. Unser Bündnis ist nicht zu erschüttern. Die Regierungen, die Armeen und jeder einzelne in den Völkern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ist bereit, einzustehen für das gemeinsame Wohl bis zum äußersten, möge kommen, was wolle.

Besprechungen beim Reichskanzler.

Neben Besprechung, die die Führer der Reichstagsparteien am Montag mit dem Reichskanzler hatten, meldet der „Berl. Lokalanzt.“, daß die Unterredung um elf Uhr vormittags begann und erst in vorgezügelter Nachmittagsstunde beendet wurde. Die Erörterungen betrafen die am Donnerstag beginnenden Reichstagsverhandlungen. Im Anschluß an die Beratungen mit dem Reichskanzler wurden Fraktionsitzungen abgehalten.

Das „Berl. Tagebl.“ weiß noch zu melden, daß der Kanzler auch diesmal entweder im Reichshaushaltsausschuß oder im Plenum zur allgemeinen militärischen und politischen Lage, insbesondere auch zur Antwort auf die jüngsten Reden Lloyd Georges das Wort nehmen wird.

Der Bund für Verständigungsfrieden.

Gegenüber der alldeutschen Agitation und dem Bund der Anzengionisten hat der Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine kürzlich angeregt, einen Volksbund für Verständigungsfrieden zu gründen. Am Sonntag hat in Frankfurt a. M. eine Versammlung stattgefunden, in welcher ein „Volksbund für Verständigungsfrieden“ gegründet wurde. Wolfgang Heine sprach für einen Frieden „ohne Annexionen und Entschädigungen“. In einer Entschließung wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die deutsche Regierung nicht nur Rußland, sondern auch den übrigen feindlichen Mächten gegenüber ihre Friedensziele in bestimmtester Form ausspricht. Ein „Nachfriede“ würde die Quelle neuer Kriege und völliger wirtschaftlicher Zerstückelung auch des siegenden Volkes sein.

Ein neues Rüstungsprogramm.

Nach einem Bericht des „Berl. Tagebl.“ aus Frankfurt a. M. wurden dort bei einem geladenen Kreise von Persönlichkeiten aus Industrie und Volkswirtschaft Vorzüge von Angehörigen des

vorligen Stelle des Kriegsberaters gehalten. Zur Ernährungsfrage wurde die Erklärung abgegeben, daß wir mit unseren Lebensmitteln gut auskommen würden. (Von den rumänischen Getreidevorräten habe anfangs Oesterreich-Ungarn einen großen Anteil erhalten, jetzt sei aber die Zufuhr nach Deutschland beschränkt.) Auch die Kohlenfrage und namentlich die Erzbergwerke seien befriedigend. Unsere Schwefelkieslager deckten nicht nur den Bedarf Deutschlands, sie reichten auch noch aus zu Lieferungen an das neutrale Ausland. Viele einheimische alte Erzkörper seien wieder nutzbar gemacht worden. Unser Bedarf an Waffen, Munition und Kleberstoffen sei auf lange Zeit so reichlich gedeckt, daß ein neues Rüstungs- und Versorgungsprogramm aufgestellt werden könne.

Zur Kohlenfrage wurde mitgeteilt, daß mit einer beträchtlichen Erhöhung der Förderung nicht zu rechnen sei; daher müsse durch die äußerste Beschränkung des Kohlenverbrauchs im kommenden Winter gespart werden. Diese Mitteilung wird sicher das Richtige treffen, trotzdem eine halbamtliche Nachricht neuerdings besagt, zum Zwecke verstärkter Kohlenförderung seien Maßnahmen ergriffen worden, die mit Sicherheit eine erhebliche Verbesserung unserer Kohlenversorgung im kommenden Winter erwarten lassen.

General Gröner, der Chef des Kriegsamt, war auch in der Versammlung in Frankfurt a. M. In einem Schlüsselwort erwähnte er, alle Kräfte zur Herstellung von Kampfmitteln zusammenzufassen.

Brot, Fleisch, Kartoffeln.

Einer Korrespondenz zufolge teilte im badischen Ministerium des Innern gelegentlich einer Preisfestsetzung ein Regierungsvertreter mit, die Reichsbrotzählung vom 1. Juni habe entgegen den Erwartungen eine nur sehr geringe Abnahme des Rindviehbestandes ergeben, während der Schweinebestand eine größere Abnahme aufzuweisen habe, da vielfach Hausfleischungen vorgenommen worden seien. Zunächst könnte aber noch die Gewährung von Sonderzulagen an Fleisch aufrecht erhalten werden. Diese Sonderzulage dürfte vom 15. August ab in Wegfall kommen, an welchem Termin voraussichtlich die Stützung der Produktion aufgehoben werden könne.

Aus Hamburg wird uns mitgeteilt, daß trotz scharfer Kontrolle der Schmuggel neuer Kartoffeln nach Hamburg groß sei, weil dort Phantasiereise von 120 M. und mehr für den Zentner gezahlt wurden.

Die Unruhen in Stettin, Düsseldorf und Gleiwitz.

Ueber die Lebensmittelunruhen, die vor einigen Tagen in Stettin, Düsseldorf und in zwei Orten Schlesiens (Gleiwitz und Hindenburg) sich ereigneten, besagen amtliche Meldungen: An allen diesen Orten sind die Unruhen wieder beigelegt worden. In Düsseldorf hatten sich halbwüchsige Vurschen, Kinder und Frauen zusammengerottet und Lebensmitteläden geplündert. In erster Linie sei Alkohol geraubt worden. Ein großer Teil der Lebensmittel sei auf der Straße verstreut und zertrümmert worden. Feindliche ausländische Arbeiter an den Ausschreitungen erheblichen Anteil genommen; sie seien behauerlicherweise von den Einheimischen in Schutz genommen worden. Der Belagerungsstand, der über Düsseldorf-Stadt und Land verhängt wurde, ist wieder aufgehoben worden. Die Unruhestifter seien vor ein außerordentliches Kriegsgericht gestellt und bereits bestraft worden. Es seien Strafen bis zu 6 Jahren Zuchthaus ausgesprochen worden. Ein Einschreiten des Militärs hat nicht stattgefunden.

In Gleiwitz und Hindenburg kam es nur zu geringen Krainfällen. An beiden Orten wurde Militär hinzugezogen; geschossen wurde jedoch nicht. Zurzeit herrscht auch hier Ruhe. Alle Versammlungen, die die Störung begünstigen können, wurden verboten. Die Ruhestörungen werden auch hier auf ausländische Geher, die hier zugezogen, zurückgeführt. Alle Gerüchte über viele Tote sind falsch. Zum Waffengebrauch ist es überhaupt nicht gekommen. Die Polizeistunde wurde auf 10 Uhr festgesetzt.

Ueber die Unruhen in Stettin wird gemeldet, daß am Sonnabend vor dem Gericht des Kriegszustandes gegen einen Teil der an den Plünderungen vom 18. und 19. Juni beteiligten Personen das Urteil gefällt wurde. Der größte Teil kam mit milden Strafen davon. — Die Anordnung, daß Kinder bis zum 14. Lebensjahre von 7 Uhr abends an sich nicht mehr auf den öffentlichen Straßen aufhalten dürfen, wurde wieder aufgehoben.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der bekannte rumänische Staatsmann Titu Maiorescu ist im Alter von 77 Jahren gestorben.

Englands südafrikanische Finanzhilfe. Die parlamentarische Vertretung der Südafrikanischen Vereinigung hat den nationalistischen Antrag abgelehnt, daß die Einkünfte ausschließlich der Entwicklung der Hilfsmittel des eigenen Landes gewidmet werden sollten.

Die neue persische Regierung fordert laut „Rijisch“ die sofortige Abberufung der russischen Truppen, Aufhebung der von Rußland früher erprehten militärischen und wirtschaftlichen Konzessionen und die Befreiung der Kapitulationen.

Strengste Maßnahmen auf dem Obst- und Gemüsemarkt.

Sofortige Verhaftung Zuwiderhandelnder.

Berlin, 2. Juli. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst erläßt folgende Erklärung:

Wo bleibt das Obst und Gemüse?

Es ist bekannt, daß durch die anhaltende Dürre manche Hoffnungen zerstört worden sind. Weiter darf nicht übersehen werden, daß der Bedarf an Gemüse und Obst infolge hier nicht zu erörternder Umstände und demgemäß die Nachfrage um ein Vielfaches gegenüber den Friedenszeiten gestiegen ist. Unmöglich kann dieser Bedarf voll befriedigt werden. Es ist deshalb mit rückwärtsloser Strenge darüber zu wachen, daß die vorhandenen verhältnismäßig geringen Mengen, soweit es möglich ist, in gleicher Weise allen Bevölkerungsklassen zugeführt werden.

In dieser Hinsicht ist in der letzten Zeit wiederholt behauptet worden, daß namentlich

in Groß-Berlin

gegen Unregelmäßigkeiten der Obst- und Gemüsehändler beim Absatz der Ware an den Verbraucher nicht mit dem erforderlichen Nachdruck eingeschritten würde.

Ob dies für den Beginn der Ernte zutreffend gewesen ist, mag dahingestellt bleiben, bereits seit einiger Zeit wird aber mit äußerster Strenge von allen beteiligten Stellen vorgegangen, auch von den Kommunalverwaltungen. Vor allem sind die

die mit der Polizeiaufsicht betrauten Organe durch den Polizeipräsidenten von Berlin mit entsprechenden Anweisungen versehen. Auf Notierungen von strafbaren Handlungen werden sie sich nur ausnahmsweise beschränken.

Jeder Händler, der Ware zurückhält, sich auf Vorausbestellungen beruft, mehr als zulässig abgibt oder Preise fordert, die den amtlichen Festsetzungen nicht entsprechen, wird

auf der Stelle verhaftet

und dem zuständigen Richter vorgeführt werden. In der gleichen Weise wird mit jedermann verfahren werden, der einem Händler oder Erzeuger höhere Preise bietet oder zahlt. Der Händler hat zudem eine sofortige Schlichtung seines Geschäftes zu gewärtigen.

Industrie und Handel.

Der Handelsminister stramm gegen Kapitalerhöhungen.

Der preussische Handelsminister hat die Zulassungsstelle bei der Berliner Börse ersucht, einem künftig etwa erfolgenden Zulassungsantrag für die von der Kronprinz-Actien-Gesellschaft für Metallindustrie in Orlitz auszugehenden neuen Aktien nicht zu entsprechen. Diese glänzende prosperierende Gesellschaft hat ihre Dividende von 25 auf 15 Proz. ermäßigt, dafür aber neue Aktien in der bisherigen Höhe des Kapitals von 5 Millionen Mark ausgegeben und auf diese jungen Aktien aus Gesellschaftsmitteln einen Einfluß von 40 Proz. geleistet. Der Restbetrag soll nur im unwahrscheinlichen Notfall von den Aktionären eingefordert werden, die Absicht ist, daß ihn ebenfalls die Gesellschaft bei erster beßer Gelegenheit einschleht. Das kann ihr nicht schwer werden, da sie nach der Bilanz vom 31. Dezember 1916 über ein Bankguthaben von 6,8 Millionen verfügte, also über ein Guthaben, das das bisherige Aktienkapital um 2 Millionen Mark übertraf. Obwohl also nicht beabsichtigt war, dem Geldmarkt Mittel zum Schaden der Kriegsanleihe zu entziehen, hat der Handelsminister doch das Zulassungsverbot ausgesprochen. Es ist allerdings richtig, daß die Gesellschaft für den Betrag, den sie zur Schaffung von Gratisaktien verwendet hat, hätte Kriegsanleihe zeichnen können. Aber schließlich hat sie ja gerade Mittel durch Ausgabe von Gratisaktien nicht beanprucht.

Der Erlaß des preussischen Handelsministers ist zu billigen, weil, wenn die Industrie schon übermäßig viel verdient, es besser ist, daß die Verdienste aufgehäuft als in irgendeiner Form ausgeschüttet werden. Wenn das Aktienkapital vergrößert wurde, wird nach dem Kriege unter unünftigen Verhältnissen die Tendenz sehr stark sein, auf das mächtig erhöhte Aktienkapital zum Schaden der Arbeiter große Dividenden herauszuwirtschaften, die dem Ruhe des Unternehmens entsprechen.

Allerdings muß bemerkt werden, daß der preussische Handelsminister mit seinem Verbot mehr ein Warnungszeichen als eine Schranke vor Kapitalerhöhungen gesetzt hat. Denn die jungen Aktien, die nicht zur Personennotierung zugelassen werden, werden eben im freien Verkehr umgekehrt, und wenn das Unternehmen aussonst prosperiert, so sankt der Kurs im freien Verkehr mit nicht geringerer Schwungkraft in die Höhe als im regelrechten Börsenhandel. Wenn man also in dem schätzenswerten Bemühen verharren will, Kapitalverbesserungen einzuschränken, so empfiehlt sich eine Bundesratsverordnung, die Kapitalerhöhungen von der Zustimmung einer Kontrollstelle abhängig macht.

Schon wieder eine Kapitalerhöhung!

In der am Montag abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Aktiengesellschaft Ritz u. Genest, Telephon- und Telegraphenwerke, Berlin-Schöneberg, wurde beschlossen, einer auf den 31. Juli d. J. einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 2 100 000 M. vorzuschlagen, welche vom 1. Juli d. J. ab dividendenberechtigt sein und den Aktionären im Verhältnis von 2 : 1 zu 120 Proz. zum Bezuge angeboten werden sollen.

Kontingentierung des Schreibmaschinenhandels.

Für die Uebergangszeit wird eine Kontingentierung des Handels in gebrauchten Schreibmaschinen geplant. Es heißt, daß Verhandlungen zwischen den Verbänden der Schreibmaschinenindustrie und den zuständigen Stellen über die Kontingentierung des Handels in Schreibmaschinen schweben, welche bei Auflösung der Kriegswirtschaft überzählig werden. Da es sich um ganz außerordentliche Mengen (allein im Verwaltungsbezirk des Kriegsministeriums 20 000 Stück) handelt, würde die plötzliche Ueberführung in den Markt angeblich zu einer Schädigung der Industrie und des gesunden Handels durch die Gefahr der Preisfälscherei führen. Eines der Projekte geht auf die Gründung einer Verwertungs-Gesellschaft aus, wie sie in ähnlicher Form für die Automobil-Industrie in der Feldkraftwagen A.G. besteht. Auch der gesunde Handel soll zugezogen werden. Ungeklärt sei die Frage, wie man die in den verschiedenen Kriegsgesellschaften allmählich frei werdenden Maschinen, für welche keine Zentralstelle Verwaltungsbefugnisse besitzt, erfassen soll.

Letzte Nachrichten.

Widerung des österreichischen Militärstrafgesetzbuchs.

Wien, 2. Juli. Im Justizauschuß stellte Abgeordneter Stoelzl einen Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf wegen allgemeiner Widerung der Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs im Hause einzubringen. Der Leiter des Landesverteidigungsministeriums Czapp erklärte, er nehme den Antrag mit lebhafter Befriedigung auf und werde alles tun, um in möglichst kurzer Frist ihm zur Durchführung zu verhelfen.

Neuer Slaventurs in Ungarn?

Budapest, 2. Juli. Das Amtsblatt veröffentlicht die Enthebung des bisherigen Kanus von Kroation Baron Csericz und die Ernennung des ehemaligen Obergepans Anton Michailowicz zu seinem Nachfolger.

Die Beschützung Dünkirkens.

Bern, 2. Juli. „Petit Parisien“ meldet aus Dünkirk: Die Stadt wurde am 27. Juni von morgens 5 Uhr bis kurz nach Mittag mit zehn Minuten langen Pausen von deutschen schweren Geschützen beschossen. Man glaubte zuerst, daß es sich um französische Geschütze handle. Insgesamt wurden 48 Granaten gezählt. Ueber den Sachschaden wird nichts bekanntgegeben. Von der Zivilbevölkerung wurden mehrere Personen getötet.

Widerstand gegen Venizelos im Peloponnes.

Bern, 2. Juli. Die Pariser Presse meldet aus Athen, im Peloponnes bestanden einige Agitationsmittelpunkte. Der Organisator der Referentenvereine, General Papulos, weigerte sich, König Alexander anzuerkennen. Er beabsichtigt in Tripolitea die Republik auszurufen. Ueber die Angelegenheit befinde man in Athen keine Einzelheiten, denn Papulos übe eine strenge Zensur aus. Man wisse nur, daß Papulos in Tripolitea einen Ausschuß von sechs Mitgliedern ernannt habe, welcher ihm bei der Ausführung seines Vorhabens beihilflich sein solle. Papulos' Vorhaben beanrueht die Regierung nicht übermäßig, die seit ihrem Amtsantritt gewichtigere Sorgen habe und die Angelegenheit in einem günstigen Augenblick regeln werde. Alle Offiziere des griechischen Oeres sollen nunmehr die französische Kopfbedeckung tragen, als Ersatz für den deutschen Helm.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Mit den Feuererzeugnissen und der Tariffrage in der Abum-, Kappen- und Galanteriebranche beschäftigte sich am Freitag abends eine vom Buchbinderverband einberufene Versammlung seiner in der Branche beschäftigten Mitglieder. Röll berichtet über die Verhandlungen mit den Unternehmern, die seit der letzten Versammlung stattgefunden haben. In einer Sitzung der Schlichtungskommission bezeichneten die Fabrikanten als ihren letzten Vorschlag den folgenden: Außer den früheren Feuererzeugnissen sollten neu erhalten die Kollegen mit einem Verdienst bis 50 M. einen Zuschlag von 15 Proz., mit einem Verdienst von über 50 M. bis 70 M. einen Zuschlag von 10 Proz., und die mit einem Verdienst von mehr als 70 M. einen Zuschlag von 5 Proz., während die Kolleginnen einen neuen Zuschlag von 5 Pf. für die Stunde erhalten sollten. — Darauf konnten die Vertreter der Arbeiter nicht eingehen. Im ein Entgegenkommen zu zeigen, reduzierten sie in einer Sonderberatung die bekannten Forderungen bezüglich der Feuererzeugnisse etwas. Der neue Vorschlag der Arbeiter ging dahin: Einschließlich der bisher gewährten Feuererzeugnisse sollen als Feuererzeugnisse erhalten: Die männlichen Kollegen 45 Pf. und die weiblichen Kollegen 25 Pf. für Affordarbeit soll die Feuererzeugnisse 40 Proz. betragen. — Eine neue Sitzung der Schlichtungskommission sagten die Fabrikanten ab, weil ihnen die Forderungen zu hoch waren. Auch der Ladung vor das Einigungsamt folgten die Fabrikanten nicht.

Aufgabe der Versammlung war es nun, zu dieser Sachlage Stellung zu nehmen. In der Diskussion kam eine große Unzufriedenheit mit dem Verhalten der Fabrikanten zum Ausdruck. Es wurde ihnen Verschleppung vorgeworfen.

Schließlich erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß jetzt schleunigst sämtlichen einzelnen Fabrikanten, ob sie der Vereinigung angehören oder nicht, die Forderungen in einem Zirkular zur Unterzeichnung zugesandt werden. Bis Donnerstag, den 6. Juli, sollen die Antworten im Besitz des Buchbinderverbandes sein. Das Resultat wird zur Stellungnahme einer am nächsten Freitag stattfindenden Branchenversammlung unterbreitet werden. In der neuen Fassung, der die Versammlung zustimmte, lauten die Hauptforderungen jetzt: Die im Tarif festgelegten Minimallöhne sind um 15 Prozent für die Dauer der Verlängerung des Tarifs zu erhöhen. Als Feuererzeugnisse soll außerdem ab 1. Juli auf alle tariflichen Minimallöhne der im Zeitlohn Beschäftigten eine Zulage von 45 Pf. für die Stunde für Arbeiter und eine solche von 25 Pf. für Arbeiterinnen eintreten. Dieselben Feuererzeugnisse erhalten auch alle im Zeitlohn Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Stundenlöhne den Minimallohn übersteigen. Affordarbeit und Affordarbeiterinnen erhalten auf den am Wochenende erzielten Verdienst eine Zulage von 40 Proz. als Feuererzeugnisse.

Aus der Schlichtungskommission für Militärschneider.

Wenn du noch eine Tante hast...

In der letzten Sitzung trat der 18jährige Schneider R. als Kläger gegen seine Tante R. auf. Der Betrieb der Frau R. ist zurzeit wegen Mangels an Arbeit geschlossen, und der Reste tauert seinem Restlohn in Höhe von 125 M. nach. Die Beklagte war nicht erschienen. Da es sich bei der Summe von 125 M. teils um ein Sparkastenguthaben von 47 M., teils um Restlohn handelt, zieht der Kläger auf Anraten der Kommission seine Klage zurück, um sie beim Gewerbegericht einzureichen.

Plagen soll sie!

Mit dieser wenig liebenswürdigen Bemerkung machte der Zwischenrichter W. seinem Vorgesetzten gegen die Klägerin S. Luft. Frau S. klagte auf Nachzahlung von 72 M. Sie hatte für den Beklagten Viehhäufensarbeiten gemacht und statt 1,40 M. wie vorgeschrieben, nur 1,00 M. erhalten. Beklagter wandte ein, es sei ein Kochsalz der Frau.

Magistratsrat v. Schulz: „Ach, wenn man seinen verdienten Lohn will, so ist doch das keine Sache.“

Beklagter: „Ich habe aber selbst zu wenig erhalten, und die Klägerin war einverstanden mit den Preisen.“

Beisitzer Sabath: „Das tut alles nichts zur Sache. Sie müssen wissen, was zu zahlen ist. Es bestehen Bestimmungen, die durch keine Privatabmachungen aufgehoben werden können. Wenn Sie zu wenig erhalten haben, können Sie Regreß von Ihrem Vordermann nehmen.“

Ein Arbeitgeberbeisitzer: „Mit der Ausrede, Sie hätten die Preise nicht gekannt, können Sie uns nicht kommen, umso weniger, als im Ablieferungsraum die einzelnen Preise groß und breit angeschlagen sind.“

Beklagter: „Ich kann aber die Preise nicht zahlen, sonst gebe ich Geld zu.“

v. Schulz: „Die Bestimmungen müssen eingehalten werden, nur nach den gegebenen Vorschriften haben wir hier zu urteilen. Nach diesen Vorschriften sind Sie im Unrecht und werden wahrscheinlich verurteilt werden müssen. Es ist also besser, wenn Sie gleich zahlen und von Ihrem Auftraggeber Regreß nehmen.“

Der Beklagte besteht auf einem Urteilspruch. Nachdem die Kommission sich hiernach zurückgezogen hatte, verhandelte der Vorsitzende, daß der Beklagte kostenpflichtig zur Zahlung von 72 M. verurteilt ist.

Beklagter: „Na, da soll sie man noch ein bisschen warten.“

v. Schulz: „Aber das ist doch unerhört! Die Frau hat gar nicht zu warten, Sie haben ihr das Geld portofrei innerhalb drei Tagen zuzuführen. Ihr Verhalten ist nicht schön, Sie blamieren ja den ganzen Stand.“

Der Beklagte hat sich nicht mehr zu äußern. Die Verhandlung ist damit beendet.

Die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden geschlossen.

Die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden geschlossen.

Die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden geschlossen.

Die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden geschlossen.

Die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden geschlossen.

Die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden geschlossen.

Ein Arbeitgeberbeisitzer: „Der Beklagte hat vorher schon mal gelagt in bezug auf die Klägerin, „Plagen soll sie“, ich wollte es nur nicht der Kommission mitteilen.“

v. Schulz: „Ich sage nochmals, daß so etwas un schön ist und ich rate Ihnen, die Summe anstandslos und baldigst zu zahlen — und zwar in Ihrem eigenen Interesse.“

In Sachen Vieh, der auf wiederholte Vorladung nicht erschienen, auch schon öfter beklagt war, sowie in Sachen Vieh b h beschloß die Schlichtungskommission, das Oberkommando zu bitten, zur nächsten Sitzung einen Vertreter zu senden, damit er sich durch Kenntnisnahme an Ort und Stelle von den hier vorliegenden Umständen unterrichten könne.

Ausland.

Der Bergarbeiterausstand in Limburg.

Amsterdam, 2. Juli. Gestern abend hat eine Vorstandskonferenz des niederländischen Bergarbeitervereins den Beschluß gefaßt, den Bergarbeiterausstand in Limburg zu beendigen.

13. Generalversammlung der Metallarbeiter

in Köln, 30. Juni.

Vierter Verhandlungstag.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst die Spezialberatung der Anträge, die zum Vorstandsbericht vorliegen und die durch die gestrige grundsätzliche Entscheidung noch nicht erledigt sind, vorgenommen. Ein Antrag Dresden, nach beendeten Kriege eine Reichskonferenz der Metallarbeiter einzuberufen, wurde dem Vorstand zur Verächtlichung überwiesen.

Ein Antrag, eine Konferenz der weiblichen Mitglieder einzuberufen, wurde damit begründet, daß der Frauenfrage mehr Beachtung geschenkt werden müsse, als bisher. Verbandsvorsitzender Schilde erklärte, der Vorstand habe durch seine Tätigkeit bewiesen, daß er der Frauenarbeit, die größte Beachtung schenke, er werde dies auch weiter tun. Ergebe sich die Notwendigkeit für die Einberufung einer Konferenz, dann werde der Vorstand sie einberufen, aus agitatorischen Gründen aber nicht. — Der Antrag wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag, für den Bezirk Düsseldorf eine weibliche Agitationskraft anzustellen. Sehr wirkungsvoll begründete Martha Naatz (Berlin) einen Berliner Antrag, der den Vorstand ersucht, erneut bei den zuständigen Stellen Schritte zu unternehmen, daß die Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche wieder in Kraft gesetzt werden. Reichel (Stuttgart) schlug für den Vorstand die Annahme des Antrags vor. — Reichstagsabgeordneter Spiegel (Düsseldorf) wies die Behauptung eines Delegierten, die Reichstagsfraktion habe nicht genügend im Reichstag im Sinne des Antrags gewirkt, entschieden zurück. Die Arbeiterinnen dürften sich auch nicht allein auf gesetzgeberische Maßnahmen verlassen, sondern sollten durch Ausbau der Organisation dafür sorgen, daß diese einen größeren Einfluß erhält. — Der Antrag wird dann einstimmig angenommen.

Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Militärwerkstätten wird der Vorstand beauftragt, eine Eingabe an den Reichstag und an den preussischen und bayerischen Landtag zu richten, daß nach Friedensschluß von den zuständigen Kriegsministerien eine Vorlage über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den militärischen Instituten ausgearbeitet wird.

Zur Frage der Uebertritte von Mitgliedern anderer Organisationen lag ein Antrag vor, der den Vorstand beauftragt, auf der nächsten Vorstandskonferenz dahin zu wirken, daß der Beschluß vom Jahre 1914, wonach Uebertritte während der Kriegszeit nicht vorgenommen werden dürfen, wieder aufgehoben wird. Begründend wurde gesagt, die jetzigen Verhältnisse wären unerträglich. Viele in der Metallindustrie beschäftigte Personen würden dadurch für die Organisation verloren gehen, sie blieben der alten Organisation nicht treu, würden sich aber auch nicht dem Metallarbeiterverband anschließen. — Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Vor der eigentlichen Statutenberatung wurden einige grundsätzliche Anträge hierzu beraten. Eine lebhafte Auseinandersetzung entspann sich über einen Antrag Danzig, die Behälter sämtlicher Verbandsgemeinschaften auf die Hauptkasse zu übernehmen. Die Statutenberatungskommission empfahl einstimmig diesen Antrag. Ihr Berichterstatter Kurt B. München sagte begründend, durch den Krieg sei die Aufrechterhaltung einer Reihe von Verwaltungsstellen von Zuschüssen des Vorstandes abhängig gewesen. Das werde in der Zukunft noch weiter der Fall sein. Auch seien die Verhältnisse der Angestellten und die Belastung der Sozialkasse durchaus keine gleiche. — Von einem großen Teil der Delegierten wird der Antrag mit Mißtrauen aufgenommen. Es wird in ihm eine Beschränkung der Rechte der Mitgliedschaften, deren Selbstbestimmungsrecht dadurch illusorisch gemacht werde, erblickt. — Das Vorstandsmitglied J. J. J. Stuttgart erklärte, davon könne keine Rede sein. Durch die Annahme des Antrags, den der Vorstand empfehle, würden die Lasten gleichmäßig verteilt. Die Bestimmungen für die Anstellung von Beamten würden durch den Antrag nicht geändert. — Dieser wird schließlich mit 69 gegen 57 Stimmen abgelehnt.

Anträge auf Erhöhung der Beiträge werden abgelehnt.

Bei einem Antrag Remscheid auf Renewal sämtlicher Angestellten, seien es Lokalbeamte, Bezirksbeamte, Hauptvorstandsmitglieder oder Hilfskräfte, kamen die gegensätzlichen Anschauungen wieder grell zum Ausdruck. Nach dem Antrag soll die Renewal noch im laufenden Geschäftsjahr, und zwar durch Urwahl stattfinden. Er wird mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Zur Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeiter — über deren Behandlung manche Beschwerden vorgetragen wurden — nahm der Verbandstag einstimmig folgende Entscheidung an: Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand des Verbandes und den Kollegen Schilde als Vertreter der Arbeiter und

Angestellten im Kriegsdienst, alles zu tun, damit auf dem schnellsten Wege die in Deutschland beschäftigten belgischen, polnischen und russisch-polnischen Arbeiter Versammlungs- und Vereinsfreiheit erhalten. Ferner verlangt die Generalversammlung, daß die oben genannten Arbeiter unter denselben Voraussetzungen ihre Arbeitsstelle wechseln dürfen als die deutschen Arbeiter.

Dazu wurde noch folgender Antrag beschloffen: „Soweit in einzelnen Armeekorpsbezirken durch Verfügung der stellvertretenden Generalkommanden den Arbeitern die Ausübung des im Hilfsdienstgesetz angeführten Vereins- und Versammlungsrechts nicht möglich ist, ist ebenfalls dahin zu streben, daß die Bestimmungen sofort außer Kraft gesetzt werden.“

Seine Stellungnahme zu Feiertagen präziserte der Verbandstag durch Annahme folgender Resolution, die von Haas (Köln) begründet wurde:

„In Anbetracht, daß die Feiertägen in der Kriegsindustrie infolge von Kohlen-, Strom- und Materialmangel immer mehr zu nehmen, verlangt die Generalversammlung, daß den Arbeitern diese Feiertägen überall bezahlt werden. Die Forderung ist in allen Vertrieben zu stellen und beauftragt die Generalversammlung den Vorstand, die gestellte Forderung auch im Kriegsdienst mit allem Nachdruck zu vertreten. Die unerwünschten Preise für Lebensmittel sowie aller sonstigen Bedarfsartikel zwingen die Arbeiter, mit aller Kraft für diese Forderung einzutreten, da eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage nicht mehr zu ertragen ist.“

In einer Abendigung erledigte der Verbandstag die zum Statut vorliegenden Anträge. Von den zahlreich vorliegenden Anträgen werden die meisten abgelehnt. Beschloffen wird, die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit nach den alten Sätzen wieder in Kraft zu setzen. Ueber die Zusammenlegung des Bezirks entspann sich eine größere Aussprache. Der Verbandstag entsprochen dem Verlangen nach Erweiterung des Bezirks. Er beschloß, den bisherigen Bezirk als engeren Bezirk zu lassen und einen erweiterten Bezirk zu schaffen. Diesem sollen außer den zum engeren Bezirk zählenden Personen angehören: je ein Vertreter aus den Bezirken bis zu 25 000 Mitgliedern, je zwei Vertreter aus Bezirken bis 50 000 Mitgliedern und je drei Vertretern aus noch größeren Bezirken. Diese Vertreter werden auf Bezirkskonferenzen gewählt. Der erweiterte Bezirk soll bei allen wichtigen, das Gesamtinteresse des Verbandes berührenden Fragen zusammenberufen werden. Er muß einberufen werden, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Mitglieder die Einberufung verlangt.

Der Verbandstag beschloß hierauf, sämtlichen Angestellten eine Feuererzeugnisse Zulage von 125 M. für den Monat zu gewähren, rückwirkend ab 1. Juli 1916. Die bisher gewährten Feuererzeugnisse und Vorzuschüsse werden darauf angerechnet.

Das Referat Reichels über die Schaffung von Staatsmonopolen in der Eisen- und Metallindustrie wird von der Tagesordnung abgelehnt.

Die Wahl des Vorstandes, des Ausschusses und der Redakteure wird auf Antrag in geheimer Abstimmung vorgenommen. Es werden 116 Stimmen abgegeben, davon entfallen auf: Schilde als ersten Vorsitzenden 81, Reichel, zweiter Vorsitzender, 81, Werner, Hauptreferent, 82, und Jernide, Sekretär, 80 Stimmen. Der Ausschubvorsitzende Weichig-Frankfurt a. M. erhält 81, Siegel als sein Stellvertreter 107, Redakteur Scherm 82 und Redakteur Düst 81 Stimmen. Die Opposition hatte — mit Ausnahme bei Siegel — 35 weiße Stimmzettel abgegeben. — Die alten Funktionäre sind also wiedergewählt.

Abends gegen 11 Uhr schloß Verbandsvorsitzender Schilde die Generalversammlung.

Die nächste findet in Kiel statt.

Aus aller Welt.

Energische Hausbesitzer.

Der Festungskommandant von Danzig, der ein allgemeines Verbot der Mietserhöhungen erlassen hatte, war von dem Danziger Haus- und Grundbesitzerverein um Aufhebung dieses Verbots ersucht worden. Da er das Gesuch ablehnte, sind die Hausbesitzer am 1. Juli mit Massenkündigungen vorgegangen. In manchen Häusern soll sämtlichen Mietern gekündigt worden sein und Hunderte von Mietern werden demnächst obdachlos werden.

Man ersieht daraus, daß mit einem Verbot der Mietserhöhungen stets eine Anzeige und Genehmigungspflicht der Mietskündigungen Hand in Hand gehen muß. Am angenehmsten und einträglichsten für die Herren Hausbesitzer ist es freilich, wenn sich die hohe Obrigkeit — wie bei uns in Groß-Berlin — weder zu der einen noch zu der anderen Maßnahme entschließt.

Im böseren Getreidebeschaffungsprozeß wurde der Angeklagte Kaufmann Kappellenbogen aus Charlottenburg wegen Getreidebeschaffung und Ueberschreitung der Höchstpreise zu ein- in halb Jahren Gefängnis und 300 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ein Zug in den Niagara gestürzt. „Central News“ meldet aus Buffalo, daß ein elektrischer Zug in den Niagara-Sturz abgestürzt ist. 80 Personen sind dabei ertrunken.

Der Unfall ereignete sich am 2. Juli in der Nähe von Buffalo.

Die Leichen wurden in Buffalo beigesetzt.

Deutsches Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Max Pallenberg
in **Famille Schmek.**
Kammerspiele.
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Tänzerin
(mit Leopoldine Konstantin).
Volksbühne. Theat. a. Bülowplatz.
Untergrund. Schönhauser Thor.
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Königin der Luft.

Lessing-Theater.
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:
Marie Ottmann u. Hans Waldmann in
Niobe. Oper. v. O. Blumenthal.
Musik v. Osk. Straus.

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Komödienhaus
8 Uhr: Wie fossile ich meinen Mann?
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng. Cabaret
„Feld-grau“
Anfang 7 1/2 Uhr.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Die Insel Rügen.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Der Mann seiner Frau.
Gardn. : Berlin wie es lebt u. haßt.

Admirals-Palast.
Abrakadabra
großes phantastisches Ballett auf dem Eis.
Angenehmer kühler Aufenthalt
7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich große Extravorstellung.
Pieper und Sperling
Erstklassiges Spezialitäten-Programm.
Auf. Sonntags 4, wochentl. 1/2 5 Uhr.

Theater für Dienstag, den 3. Juli.
Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr: Nanon.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater.
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater
8 Uhr: Im Bahnwärterhaus.
Komische Oper
8 1/2 Uhr: Die Dose Sr. Majestät.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Czardasfürstin.
Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassentel. Nord. 281
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

NATIONAL-THEATER.
Abendiger Str. 68. 7 1/2 Uhr
Ein Stück aus der guten, alten Zeit!
Die Lieder des Musikanten!
Bollschuß in 7 Bildern.
Vorverkauf ab 10 Uhr.

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Die Konkurrenten.
Schiller-Theater 0
7 1/2 Uhr: Kammermusik.
Schiller-Th. Charlottenb.
7 1/2 Uhr: Der Bibliothekar.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Sonnwendzauber.
Theater am Nollendorfpl.
7 1/2 Uhr: Die Gulaschkanone.
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Stolze Thea.
Trianon-Theater
7 1/2 Uhr: Der Star.

Berliner Prater-Theater
Rastanienallee 7-9.
Gente:
Alja — famos!
Große Ausstattung. Operettenposse in 3 Akten mit Gesang und Tanz.
Vorher das große Varietöprogramm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Zigeuner.
Gartenbühne-Vorstellung.

Zirkus A. Schumann
Bahnh. Friedrichstr. Anf. 8 U.
Rauchen gest. Kühler Aufenthalt.
Das Neue
Zirkus-Varieté. Programm
U. a.: Kunstschützin
Berta Steiner.

Bayr. Alpen-Spiele.
Halali Parforce-Schnitzel-Jagd.

Palast
Tägl. 7 1/2. Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.
R. Steidl, A. Müller-Lincke,
Gertr. Gräber, B. Lehnhoff
in „Der Herr ohne Wohnung.“
Dazu:
Afra, die Seltsame usw.

Kennen Sie die Wohltat
einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller Art.
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Künstl. Zähne mit echtem Friedenskautschuk
Goldkronen, Brücken, Pfomben, Zahnziehen mit Bellubung, Umarbeitung, Reparaturen sofort. Billige Preise, auch Teilzahlung. 276/17
Zahn-Praxis M. Löser, nur Brunnenstr. 185,
sahle Invalidenstr. Personal zu sprechen 10-7, Sonnt. 10-12. Nord. 11508

Groß-Berlin

„Guter Rat“ für kleine Kohlenverbraucher.

Die Not der kleinen Leute, ihren täglichen Bedarf an Feuerung zu decken, dauert fort. Ein Leser unseres Blattes, ein jetzt allein stehender Mann von 69 Jahren, schildert uns, wie es ihm bei seiner Kohlenhandlung erging. Da er die auf einem unbebauten Grundstück befindliche Kohlenhandlung von seiner Wohnung überblicken kann, so hat er die Möglichkeit, die Ankunft früher Kohlenzufuhren zu beobachten. Mehrfach wurde, wenn er eiligt hinunterstieg und sich seine hundert Stück Preßkohlen sichern wollte, ihm erklärt: „Die sind alle bestellt!“ Die Kunden, die „bestellt“ hatten und zuerst ihre Feuerung erhielten, waren vermutlich Abnehmer größerer Mengen. Wahrscheinlich ließen sie schon Wintervorräte einfahren, aber die Händlerin befriedigte sie vor den kleinen Leuten, die ihre paar Preßkohlen für den Herd sofort brauchten. Raslos ging der wiederholt Abgewiesene schließlich zur Polizei, weil er meinte, daß sie, die sonst allmächtige, ihm werde helfen können. Der Wachtmeister hörte ihn an und sagte dann achselzuckend: „Ja, was ist dagegen zu machen? Fahren Sie doch auch zum Winter ein!“ Leider läßt dieser „gute Rat“ des kundigen Herrn Wachtmeisters sich nicht so ohne weiteres befolgen; denn nicht jeder hat es dazu, sich Preßkohlen tausendweise auf Vorrat hinzulegen. Der alte Mann schreibt uns, daß es jetzt ja schlimmer sei als im Winter, wo der kleine Kohlenverbraucher zwar wartend auf der Straße stehen und frieren mußte, aber dann manchmal so gleich vom Wagen herunter seine Kohlen kaufen konnte. Es wird Zeit, daß die geplante nach dem Kartensystem durchzuführende Kohlenverteilung den besagten Zuständen ein Ende macht.

Wo bleibt das Obst?

Man schreibt uns: Für den Haushalt und Privatpersonen ist kein Obst zu haben. Die Kleinbändler haben die geringen Mengen, die sie ergattern konnten, frühmorgens bald geräumt und der größte Teil der Verbraucher ist leer ausgegangen. Geht man aber in die Restaurants und Hotels, von den elegantesten bis herab zum Volksauschank und Automaten, so findet man ausnahmslos Obst in sehr beträchtlichen Mengen, in Portionen rationiert, vor. Eine Portion Kirichen, etwa ein Viertel Pfund, kostet in den billigsten Anreipen 50 Pf., die gleiche Menge Erdbeeren 1 M. In Lokalen mittlerer Güte, nach Art der Groß-Viertelkafes der Friedrichstadt, kostet ein kleiner Teller Kirichen schon 1 M., Erdbeeren 1,50, während in Hotel- und erstklassigen Restaurants das Doppelte und darüber verlangt und bezahlt wird. Der vollstimmliche Ausschank erzielt hiernach schätzungsweise für das Pfund Kirichen 4 M., die besseren Viertelkafes 6-8 M. und die eleganten Restaurants etwa das Doppelte, während für Erdbeeren auf diese Weise zwischen 8 und 20 M. erzielt werden. Zu diesen Preisen werden sehr beträchtliche Mengen umgesetzt, abgesehen von den Früchten, welche zur Dawa verarbeitet, noch ungleich höhere Erträge bringen. Es wäre aber irrtümlich, in allen diesen Fällen an übertriebene wucherische Gewinne der Gastwirte zu denken, diese bezahlen vielmehr in zahlreichen Fällen selbst schon das Vielfache der Markt- oder Höchstpreise. Jeder Eingeweihte weiß, daß im Schleichhandel für Kirichen 2-3 M., für Erdbeeren 5-6 M. bei Abnahme größerer Posten bezahlt werden.

Kommen nicht sofort die schärfsten Bestimmungen zur Abstellung dieser Mißstände, so wird es der Bevölkerung mit allen anderen Obstsorten genau so ergehen. Man verbiete allen, gleich wie gerarteten Ausschanklokalen, Obst in rohem oder zubereitetem Zustande feil zu halten. Der kleine Nachteil solcher Maßnahmen, daß auf Gastwirtschaftsbesetzung angewiesene Personen dort weder rohes noch zubereitetes Obst erhalten können, darf nicht ins Gewicht fallen, um so weniger, als sich auch der Alleinlebende frisches Obst anderweitig kaufen kann. Um wirksam zu sein, müßte das Verbot für die Kriegsdauer gelten, um großen Einläufen zum Zwecke des Einmachens vorzubeugen. Die unerhörte Ungerechtigkeit des jetzigen Zustandes und die volkswirtschaftliche Bedeutung einer Lösung der Frage dürfte einen solchen, auf den ersten Blick hart erscheinenden Schritt g-nägend rechtfertigen.

Ungenießbares Dörrgemüse.

Aus Wilmersdorf wird uns geschrieben: Die Stadtgemeinde verteilt in der vorigen Woche als Dörrgemüse getrocknete weiße Mohrrübenknäuel. Die Einwohner nahmen in Ermangelung anderer Rohrungsmittel auch zum großen Teil das Dörrgemüse, um es nach der Zubereitung - wegzuschicken. Dasselbe ist stark verandert und so mit Schmutzteilen durchsetzt, daß es zur menschlichen Nahrung völlig ungeeignet ist. Die Erregung unter der Bevölkerung über diese verfehlte Lieferung ist leider nur zu berechtigt.

Soweit die Zukunft. Es wäre endlich an der Zeit, daß die Reichsstelle für Gemüse und Obst der Zubereitung der ihr unterstellten Rohrungsmittel eine größere Aufmerksamkeit widmet. Wir brauchen nur zu erinnern an die nicht abreichenden Mägen über laubiges und schmutziges Dörrgemüse, an die andauernd schlechte Beschaffenheit des Kartessmus, an die getrockneten Kohlrüben und an die oftmals unzulässige Verpackung des Sauerkohls. In allen diesen Fällen sind durch Produktionsfehler größere Mengen Lebensmittel zur menschlichen Nahrung unbrauchbar geworden und können oftmals kaum noch als Viehfutter verwendet werden. Den Schaden davon hatten entweder die Städte oder die Verbraucher zu tragen. Offenlich werden im neuen Wirtschaftsjahr bei der Zubereitung der Lebensmittel nur die Betriebe berücksichtigt werden, die sich bisher als leistungsfähig erwiesen haben, damit bei der allgemeinen Knappheit nicht noch große Mengen Rohrungsmittel auf diese Art verderben.

Beginn der Höchstpreise für Frühkartoffeln.

Die jüngst vom Bundesrat beschlossene Verordnung über die Kartoffelversorgung für das Wirtschaftsjahr 1917/18 bezieht sich erst auf die Zeit vom 16. August ab und schließt die früher geernteten Frühkartoffeln nicht ein. Nach der Bundesratsverordnung beginnt mit dem 1. Juli die Festsetzung der Höchstpreise für Frühkartoffeln. Von der Provinzialkartoffelstelle der Mark Brandenburg ist der Erzeugerpreis für den Zentner Frühkartoffeln im Monat Juli auf 10 M., für die Zeit vom 1. August bis 14. September auf 8 M. und vom 15. September ab auf 6 M. festgesetzt worden.

Für den Kreis Teltow hat der Kreisaußschuß, um ein zu frühes Ausmachen der Frühkartoffeln zu verhindern, eine Verordnung erlassen, wonach das Buddeln von Frühkartoffeln bis auf weiteres verboten ist. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Teltower Kreisaußschusses zulässig. Durch eine weitere Verordnung des Kreisaußschusses wird die Versorgung des Kreises Teltow mit Kartoffeln aus der Ernte 1917 geregelt. Zu diesem Zweck werden die nach dem 1. Juli geernteten Kartoffeln bei den Kartoffelerzeugern des Kreises Teltow in Anspruch genommen. Hier von sind nur die Erzeuger freigelassen, die insgesamt weniger als 200 Quadratmeter Fläche mit Kartoffeln angebaut haben.

Der Magistrat Berlin hat den Preis für den Verkauf von Frühkartoffeln im Kleinhandel auf 16 Pfennige pro Pfund festgesetzt.

Die Regelung des Schuhwarenhandels.

Die Bundesratsverordnung über die Regelung des Schuhwarenhandels und die Verteilung der Schuhwaren an die Kleinbändler

ist, wie wir erfahren, in den nächsten Tagen zu erwarten. Es sollen für den Handel mit Schuhwaren 18 Handelsgesellschaften errichtet werden, davon eine für den Stadtkreis Berlin und eine zweite für die Provinz Brandenburg. Diesen Gesellschaften sollen 106 Bezirksstellen unterstellt werden. Die Verteilung der von den Verteilungsgesellschaften angelieferten Schuhwaren liegt in den Händen des neuzubildenden Hauptverteilungsausschusses des Schuhhandels, der mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet ist. Zu den Handelsgesellschaften werden die Händler von neuen Schuhwaren, soweit sie bereits vor dem 1. August 1914 Handel mit Schuhwaren getrieben haben, auch ohne ihre Zustimmung bereitgestellt. Bestände von Schuhwaren können vom Hauptverteilungsausschuß zur Ueberlassung an eine Gesellschaft gegen angemessenen Preis angefordert werden. Mit dem Verlangen der Ueberlassung von Schuhwaren geht das Eigentum an diesen bereits an die Gesellschaft über. In der Bundesratsverordnung werden weiterhin Bestimmungen über die Beschlagnahme von Schuhwaren durch den Hauptverteilungsausschuß getroffen.

Alle Schuhwaren werden nach Erlaß der Verordnung unmittelbar an die Kleinbändler von den Betriebsgesellschaften geliefert werden. Die Großhändler erhalten eine Entschädigung, der vom Gesamtumfang bis zur Höhe von 300 Millionen Mark 1/4 Proz., über diesen Betrag hinaus 1 Proz. beträgt. Eine zwangsmäßige Stilllegung von Schuh-Kleinhandelsbetrieben ist nicht beabsichtigt, dagegen ist anzunehmen, daß in manchen Orten mehrere Kleinhandelsbetriebe ihre Läden freiwillig zugunsten eines Händlers schließen werden. Auch diese zurückgehenden Kleinbändler sollen entschädigt werden. Die Verkaufspreise an die Verbraucher erfahren keine Erhöhung, weil die für die Unkosten usw. vom Kleinhandel abzuführenden 6 Proz. innerhalb der Richtsätze für die Schuhpreise liegen.

Der sächsische Unterrichtsminister Schäfer hat die verschiedenen städtischen Schulen und wohnt einigen Unterrichtsstunden bei.

Bücherausgabe und Lesesaal der Stadtbibliothek, Zimmerstraße 90/91, bleiben in der Zeit vom 9. bis 14. Juli einschließlich für jeglichen Verkehr wegen außerordentlicher Reinigungsarbeiten geschlossen.

„Fleischlose Tage“ in der Weinstube. Das Kriegswirtschaftsamt hat dem Gastwirt Fritz Wättnner, Berlin, Poissdamer Str. 82a, Filialleiter der Weinstuben Maurer u. Bracht, Berdorscher Markt 7, den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere die Abgabe von Speisen und Getränken in Gastwirtschaften, unterlag. Unter das Verbot des Handels fällt auch die Tätigkeit als Angestellter in einem Gastwirtschaftsbetriebe. Wättnner hatte seinen Gästen reichlich Fleisch ohne Fleischmarken abgegeben. In einem „fleischlosen Tage“ wurden 127 Portionen Schweinebraten, Wildbraten, Schnitzel, Leber, Kotelette und Würstchen verabreicht. Das Fleisch dazu kamte W. von Schleichhändlern. Der Delonome Karl Ostermann, Charlottenburg, Kastanienallee 1, lieferte ihm ein Schwein; der Schlächtermeister Emil Podewils aus Neustettin brachte selbst in Keiseldörden Schweine und auch Kalbfleisch; der Jagdaufscher Ludwig Lupp, Schöneberg, Feurigstr. 45, schaffte Hammel- und Kalbfleisch und ein ganzes Rotwild heran; alles „unter der Hand“, dafür aber zu entsprechenden Bucherpreisen. Die Beteiligten werden sich sämtlich vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

„Kittmeister v. Arnim“ verhaftet. Der Gauner, der, wie wir berichteten, vor einiger Zeit bei einem Postwägelner in der Friedrichstraße den dreifachen Raubdiebstahl verübte, ist jetzt in Stehtwieg ergriffen worden. Es handelt sich um einen früheren Landwirt Hans Eisenhahn aus Straßburg in Westpreußen; der auch sonst noch allerlei Schwindeleien ausgeführt hat.

Die Kohlnappheit in Charlottenburg.

Die Gaswerke der Stadt Charlottenburg geben Kohlnur an kleine Selbstverbraucher ab. Infolge der Brennstoffknappheit ist aber der Bedarf an Kohlnur außerordentlich gestiegen, so daß die Gaswerke die Nachfrage nicht befriedigen können. Vor der Gasanstalt in der Gaußstraße, wo täglich von 1/9 Uhr morgens ab die Kohlmarken gegen Vorweisung der Lebensmittelkarte abgegeben werden, ist seit einiger Zeit ein seltsames Schauspiel zu beobachten. Schon in dunkler Nacht, ja, schon am vorhergehenden Abend finden sich Kohlholer ein, die bis zum nächsten Vormittag hier mit ihren Wägelchen und Karren warten. Es klingt kaum glaublich, ist aber Tatsache, daß diese bedauernswerten Leute acht, zehn, zuweilen 24 Stunden ausharren, um schließlich ihre zwei Hektoliter Kohlnur mitnehmen zu können. Als sehr bitter wird es empfunden, daß selbst nach vielständigem Warten man noch nicht sicher ist, wirklich etwas zu bekommen. Die Gaswerke können, weil die Kohlsaubeite zurzeit nur mäßig ist, täglich nicht mehr als 300 Hektoliter Kohlnur abgeben, so daß bei Vermehrung der Portion auf zwei Hektoliter nur 150 Haushaltungen pro Tag beliefert werden können. Nachdem uns Klagen über Abweilungen zugegangen waren, haben wir am Freitag uns selber davon überzeugt, daß nach Ausstellung der 150 Marken noch etwa 60 Personen übrig blieben, die leer ausgingen. Darunter waren Frauen, die uns versicherten, bereits seit nächst 2 Uhr gewartet zu haben. Das Verlangen, daß durch Einführung eines anderen Verfahrens bei der Marktenverteilung solchen Zuständen schleunigst ein Ende gemacht wird, ist durchaus berechtigt. Die Hauptschwierigkeit liegt freilich darin, daß die bei der Gaszeugung abfallende Kohlmenge weit hinter der Nachfrage zurückbleibt. Obwohl auf jede Lebensmittelkarte im Monat nur zwei Hektoliter Kohlnur gegeben werden können, können die Gaswerke den Andrang nicht bewältigen. An der Beschränkung auf im ganzen 300 Hektoliter für jeden Tag ließe sich auch dann nichts ändern, wenn man die Marken auf Vorrat ausgäbe und für die Kohlabholung je 150 Markeneinhaber einen bestimmten Tag zuwies. Inmerhin könnte hierdurch an dem jetzigen Zustand, der wieder mal nur den Stärkeren und Widerstandsfähigeren zugute kommt, manches gebessert werden.

Neutölln. Einlösung der Kohlnurkarten der Kriegerfrauen. Nachdem die Gültigkeitsdauer der Kohlnurkarten mit dem 30. Juni abgelaufen ist, hat sich der Magistrat veranlaßt gesehen, die Gültigkeitsdauer bis zum 15. Juli einschließlich zu verlängern. Es werden daher bis zu diesem Tage sämtliche noch im Umlauf befindlichen Kohlnurkarten durch die zuständige Kriegswirtschaftsstelle eingelöst. Auch für Teile von Kohlnurkarten wird der entsprechende Wertbetrag ausgezahlt. Nach dem 15. Juli findet eine Einlösung der Kohlnurkarten auf keinen Fall mehr statt.

Schöneberg. Die Ferienausflüge der Kinder können in diesem Jahre nicht nach dem Grünwald unternommen werden, da es der Straßenbahn an Bogenmaterial und Personal mangelt, sondern gehen nach dem Spielplatz an der Rudensstraße hinter der Rathenaustraße. Der Ordnung wegen müssen die Kinder in der Expedition angemeldet werden. Jedes Kind erhält eine Ausweislarke, die vor Verabfolgung der Erfrischungen vorgezeigt werden muß. Verloren gegangene Karten werden nicht ersetzt. Jedes Kind hat einen Trinkbecher mitzubringen. Es wird ein Getränk und eine Schmitte Brot verabfolgt. Anmeldungen der Kinder müssen bis Sonnabend, den 7. Juli, nachmittags 8 Uhr erfolgt sein, spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden. Genossinnen, die gewillt sind, als Aufsichtspersonen mitzuwirken, werden gebeten, sich spätestens bis Freitag, den 6. Juli, in der Expedition zu melden.

Spandau. Städtische Lebensmittel. Die auf Feld 6 zu verteilenden 3 Eier sind für die Zeit bis zum 15. Juli bestimmt. Da die Geschäfte nur nach und nach beliefert werden können, ist es nicht ausgeschlossen, daß die größten Lieferungen erst in der letzten Woche erfolgen. Jedenfalls liegt kein Grund zur Beunruhigung vor, falls ein größerer Prozentsatz in den ersten Wochen die vorgesehene Eiermenge noch nicht erhalten kann. Der Preis für die den Geschäften überwiesenen ausländischen Gemüsekonserven (Kartoffeln) beträgt 1,35 M. pro Dose.

Weißensee. Lebensmittelnachrichten. Auf Entnahme von Kartoffeln ist in dieser Woche nicht zu rechnen. Als Ersatz werden pro Abschnitt je 70 Gramm Mehl oder 100 Gramm Gebäck gewährt. Außerdem wird abgegeben auf die Kartoffelkarte Abschnitt 67b und i je 125 Gramm Teigwaren, Abschnitt 62f 125 Gramm Grieß, Abschnitt 62d 125 Gramm Süßfruchtarmelade, Abschnitt 62b 125 Gramm Hüllensäfte.

Neuregelung der Feuerungszulagen. Mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1917 sind die Feuerungszulagen für Arbeiter, Angestellte und Beamte der Gemeinde nach einem Beschluß der letzten Gemeindevertreterversammlung wie folgt festgesetzt worden: Mit einem Jahresgehalt bis zu 2000 M. werden gewährt für diejenigen ohne Kinder 15,-, 1 Kind 27,-, 2 Kinder 40,-, 3 Kinder 54,-, 4 Kinder 69,-, 5 Kinder 85,-, 6 Kinder 100,- M. für den Monat von 2000-5400 M. Jahresinkommen ohne Kind 12,-, 1 Kind 23,-, 2 Kinder 35,-, 3 Kinder 48,-, 4 Kinder 62,-, 5 Kinder 77,-, 6 Kinder 90 M., und von 5400-8400 M. Jahresinkommen desgleichen, mit 1 Kind 10,-, 2 Kinder 21,-, 3 Kinder 33,-, 4 Kinder 46,-, 5 Kinder 60,-, 6 Kinder 70 M.

Niederhohenhausen. Lebensmittelnachrichten. In dieser Woche gelangen 125 Gramm Graupen und 125 Gramm Haferfabrikate zur Verteilung. Haferflocken für Kinder und Kranke sind begriffen, wofür als Ersatz im Gemeinadeladen, Treßdowstraße, 1/2 Pfund Reis gegen Vorlage des ärztlichen Attestes verabfolgt wird. Von der Gemeinde sind 1000 Liter Kunst-Himbeer-Sirup angelauft und werden in der nächsten Zeit zum Verkauf gelangen, ebenso ein überwiegender größerer Posten Käse, der ähnlich wie früher der Talg zur Verteilung gelangen soll. - Kartoffeln können auch in dieser Woche nicht verabfolgt werden, dafür gibt es wieder Mehl resp. Gebäck. Butter 50 Gramm, Margarine 80 Gramm.

Rahnsdorf. Eierhamsterei. Wie wir erfahren, hat die Gemeinde Rahnsdorf kürzlich pro Kopf 50 Eier zum Einlegen verteilt. Da, soweit uns bekannt, in den anderen Vororten Eier zum Einlegen noch nicht verteilt worden sind, so dürfte es sich jedenfalls um einen umfangreichen Schleichhandel oder eine ungerechte Verteilung innerhalb des Kreises handeln. Aufklärung ist dringend erwünscht.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Neutölln. Dienstag fand eine Versammlung des Bezirks Neutölln statt. In der Genosse Scholz den Bericht der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion erstattete. Redner führte aus: Naturgemäß erstreckte sich die Tätigkeit der Fraktion hauptsächlich auf die Kriegswirtschaft, die die volle Arbeitskraft der Fraktion in Anspruch genommen hat. Durch die Kriegsvorsorge werden bereits weit über 100 000 Einwohner unterstützt, die gesamten Ausgaben der Unterhaltungs- und Vorsorge betragen bereits 90 Millionen Mark. Auf dem wichtigen Gebiete der Lebensmittelversorgung hat die Stadt Anerkennungswertes geleistet. Besonders durch die Ausschaltung des Großhandels ist es möglich gewesen, weniger Waren durch diese Kanäle verschwinden zu lassen und Extraportionen zu verteilen. Das System der eigenen Regie hat sich in der Lebensmittelversorgung geradezu glänzend bewährt. Allerdings ist es oft nur schwer möglich gewesen, diese durchzuführen, da andere Gemeinden einen ziemlich starken Druck ausübten, um Neutölln an die Großhändler zu binden. Die Lebensmittelversorgung ist in letzter Zeit immer schlechter geworden, da freie Waren nur noch selten zu kaufen sind. Die Stadt ist infolgedessen heute eigentlich nur noch Warenverteiler. Wenn sie nicht erhält, könne sie natürlich auch nichts verteilen. Auf dem Gebiete des Verkehrs wesen erwünscht Redner die beiden Schnellbahnprojekte und den Zusammensturz der Ufermauer am Neutöllner Dafen. Dieser Zusammensturz wird der Stadt nach dem Kriege noch enorme Kosten verursachen.

Die Finanzlage der Stadt wird die größte Aufmerksamkeit erfordern. Darüber herrscht Uebereinstimmung, daß die Stadt durch den Krieg erwachsenen finanziellen Verpflichtungen durch Steuern nicht gedeckt werden können. Schon im Herbst ist man dazu übergegangen, durch Anlauf von Braunkohlenfeldern eine zukünftige Einnahmequelle zu erschließen. Um nun systematisch derartige Quellen zu bekommen, ist in letzter Zeit eine ständige Deputation zur Prüfung der Frage der Beteiligung der Stadt an wirtschaftlichen Unternehmungen ins Leben getreten, die bereits mehrere große Projekte in Angriff genommen hat. Redner verlangt weiter, daß solange ein einheitliches Groß-Berlin nicht besteht, auch auf dem Wege des Lastenausgleichs den Arbeitergemeinden geholfen werden muß. Zum Schluß erörtert Redner noch die großen sozialen Aufgaben, die die Gemeinden nach dem Kriege zu erfüllen haben. In der Diskussion wurden vor allem Mißstände in der Krankenernährung und Milchversorgung vorgebracht, die die Genossen Heimann und Groger beanstanden, noch näher auf diese Gebiete einzugehen. Mit einem warmen Appell des Vorliegenden, Genossen Fiedler, sich mehr an der Parteiarbeit zu beteiligen, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Frau Kupfer vor den Geschworenen.

Die Verhandlung wurde gestern wieder aufgenommen. Die Zeugenvernehmung geht in der bisherigen, eintönigen Weise weiter. Die Angeklagte gibt fast in jedem einzelnen Falle ohne Umschweife zu, den Zeugen durch die bekannten Vorpiegelungen Sand in die Augen gestreut zu haben.

Besonders interessant ist der Fall des Zeugen Isidor Rosenenthal, eines Posener Kaufmanns. Der Kaufmann Alexander Baum in Schroda hatte den Zeugen auf Frau Kupfer und deren Geschäfte aufmerksam gemacht und bei seiner Anwesenheit hat der Zeuge der Frau Kupfer einen Besuch abgestattet und sich von ihr Aufklärung über ihre Geschäfte geben lassen. Sie erklärte u. a. auf allerlei Bedenken des Zeugen, daß die Ein- und Verkaufspreise der Kontrolle der J. E. G. unterstünden und die Verkäufer im Auslande billiger an private Unternehmer als an die J. E. G., die nicht sehr beliebt sei, verkaufen. Der Zeuge hatte aber zunächst keine Lust zu einer Beteiligung. Am nächsten Tage wandte er sich an eine große Bank und bat um Auskunft über Frau Kupfer. Diese laute nicht schlecht und die Tatsache, daß Frau Kupfer schon den Offenbarungseid geleistet habe, wurde damit erklärt, daß dies mit einem Erbschaftsreue zusammenhänge. Der Zeuge hatte aber auch hiernach keine Lust zu einer Beteiligung. Da aber Herr Baum in Schroda ihn doch erjuchte, sich mal von Frau Kupfer deren Dokumente und Briefe vorlegen zu lassen, ging der Zeuge noch einmal zu der Angeklagten hin und da wurden ihm dann all die bekannten schönen Fälschungen vorgelegt. Frau Kupfer imponierte den Zeugen auch durch den Hinweis auf ihre ausgedehnten hohen Verbindungen und zeigte ihm einen - von ihr geschickt vorbereiteten Brief, der zeigen sollte, daß sie auf Grund besserer Informationen vor der rumänischen Kriegserklärung darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß in 8-14 Tagen, spätestens aber in vier Wochen der Krieg mit Rumänien ausbrechen werde. Da sie als Einleger auch viele hochstehende Männer nachweisen konnte, sagte sich der Zeuge, daß solche Sachen nicht auf Schwindel

berufen können und entschied sich dann für Beteiligung. Er sagte der Angeklagten, daß er gar nicht einen so hohen Verdienst haben wolle, sie meinte aber, ihr tue jeder Einleger einen besonders großen Gefallen, denn die Ansprüche der Generalkommandos auf Lieferung seien so riesengroß, daß sie fremde Gelder aufnehmen müßte. Dem Zeugen fiel es auf, daß in den Verträgen immer nur davon die Rede war, daß die Einleger am Gewinn beteiligt seien, von einer Beteiligung am Verlust aber kein Wort darin stand. Auf sein Ersuchen wurde in dem mit ihm abgeschlossenen Vertrage, bei dem es sich um ein Kaffeegeschäft in Höhe von 1 975 000 M. handelte, seine Beteiligung auch am Verlust vermerkt wurde. Der Zeuge fuhr dann zur Kommerz- und Diskontobank, holte sich einen Scheck über 100 000 M. und lieferte diesen und 30 Tausendmarktscheine als Einlage bei Frau Kupfer ab. Frau Kupfer gab dafür einen Wechsel. Der Zeuge fuhr dann nach Hause, wenige Tage darauf war Frau K. verhaftet. Der Zeuge eilte wieder nach Berlin, um möglichst noch den Scheck zu retten, erfuhr aber, daß der Scheck schon am Tage der Ausstellung abgehoben worden war.

Eine Reihe von Frauen, die sich mit verhältnismäßig kleinen Beiträgen beteiligt hatten und denen ihre Gewinne nach dem Abschluß von 10 Proz. zweimal im Monat bis zum Januar prompt ausgezahlt worden sind, haben nur kleine Verluste erlitten. Auf die Frage, wieso denn solche hohen Gewinne gezahlt werden konnten, gab Frau K. fast immer die Auskunft, daß dies sehr gut möglich sei, da sie die Beträge fünf- bis sechsmal im Monat umsetze. Die Sitzung wurde auf Dienstag vertagt.

Soziales.

Änderung des Wahlrechts für die deutschen Handwerkskammern.

Der geschäftsführende Ausschuss des deutschen Handwerks- und Gewerbevereins hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, der für den September dieses Jahres in Aussicht genommenen gemeinsamen Tagung der deutschen Handwerks- und Gewerbevereine unter anderem eine Änderung des Wahlrechts für die Handwerkskammern vorzuschlagen. Es wurde hierzu folgender Antrag beschlossen:

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeverein erkennt an, daß nach den bisherigen Vorschriften über die Wahlen zur Handwerkskammer nach § 103a der Reichsgewerbeordnung weite einflussreiche Kreise des deutschen Handwerks insbesondere Preußens von der Mitbestimmung für die Wahl der Vertreter zur Handwerkskammer ausgeschlossen sind. Um das durch den Krieg geschädigte Handwerk so schnell wie irgend möglich wieder voll leistungsfähig zu gestalten, ist es notwendig, alle im Handwerk schlummernden Kräfte zu tätiger Mitarbeit bei der Vertretung des Handwerks heranzuziehen.

Als ein geeignetes Mittel hierzu empfiehlt der Kammertag für die Wahlen zur Handwerkskammer die Einführung eines allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts für alle selbständigen Handwerker, die ihren Betrieb gemäß § 14 der Reichsgewerbeordnung angemeldet und mindestens drei Jahre im Kammerbezirk ausgeübt haben. Zur Lösung des Ansehens des Handwerkers ist es notwendig, die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Vollversammlung, soweit dieses noch nicht durch die einzelnen Wahlordnungen geschehen ist, den Handwerkskammern zu übertragen.

Die übrigen Verhandlungsgegenstände betrafen Vorschläge für den Ausbau des Deutschen Handwerks- und Gewerbevereins und für die weitere Ausgestaltung des beruflichen und wirtschaftlichen Zusammenschlusses des Handwerks.

Der Stellenvermittler und seine baren Auslagen. Die Frau eines ländlichen Besitzers kam eines Tages in das Bureau eines Stellenvermittlers D., um ein Mädchen zu mieten. Es war gerade kein Mädchen da, die Frau S. wurde deshalb aufgefordert, wieder zu kommen. Ehe sie sich entfernte, erklärte sie, sie müßte auf jeden Fall ein Mädchen haben, koste es, was es wolle. Nachdem Frau S. weg war, kamen sieben Mädchen, die Stellen suchten. D. mietete die Mädchen für die Nacht in einem Gasthof ein, wofür er 14,75 M. zahlte. Am anderen Tage mietete eine Beauftragte der oben erwähnten Bäuerin S. ein Mädchen bei D. Dieser stellte nun der Frau S. neben der tagelichen Gebühr die 14,75 M. Logisgeld, das er für die sieben Mädchen gezahlt hatte, mit in Rechnung, nämlich als bare Auslagen, die das Mietgeschäft erfordert hätte. Dabei fügte er sich auch auf die Worte der Frau S. vom Tage vorher, daß sie ein Mädchen haben müßte, es koste, was es wolle. Frau S. hätte sich von den sieben Mädchen eins auszuwählen sollen.

Der Stellenvermittler wurde auf Grund des Stellenvermittlergesetzes vom 2. Juni 1910 angeklagt. Es wurde ihm eine Uebertretung des § 5 Absatz 3 vorgeworfen. Danach dürfen neben den Gebühren keine Vergütungen anderer Art erhoben werden, während die Erstattung barer Auslagen nur insoweit gefordert werden darf, als sie auf Verlangen und nach Vereinbarung mit dem Auftraggeber verwendet und als notwendig hinreichend nachgewiesen sind.

Das Landgericht verurteilte auch den Angeklagten wegen Uebertretung der Bestimmungen zu einer Geldstrafe von 100 M. und führte aus: Es handle sich hier nicht um bare Auslagen im Sinne der Bestimmungen. Weder seien sie vereinbart, noch liege ein entsprechendes Verlangen der Frau S. vor. Als ein Verlangen, eventuell ankommende sieben stellungsuchende Mädchen für die Nacht einzumieten, könne es nicht ausgelegt werden, wenn Frau S. sagte: Ich muß unbedingt ein Mädchen haben, es koste, was es wolle. Deshalb schon sei die fragliche Erstattungsforderung des Angeklagten ungerechtfertigt gewesen. Im übrigen wäre anzunehmen, daß Angeklagter die Mädchen eingemietet habe, um sie allgemein für sein Gewerbe als Stellenvermittler zur Verfügung zu haben. Es handle sich um allgemeine Geschäftskosten, nicht um bare Auslagen im Sinne des § 5 Absatz 3.

Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten eingelegte Revision, das Landgericht habe den Begriff der baren Auslagen im Sinne des Stellenvermittlergesetzes richtig gewürdigt.

Umstellung der Brauereibetriebe.

Die Umstellung der Brauereibetriebe auf andere, zeitgemäße und volkswirtschaftlich nützlichere Zwecke hat während des zweiten und dritten Kriegsjahrs mehr und mehr Fortschritte gemacht. So teilt der Geschäftsbericht 1916 der Brauerei- und Mälzerei-Vereinsgenossenschaft, Sektion IX (Rheinland-Westfalen, beide Provinzen, Lippe usw.) mit, daß vielfach die Mälzereien auf das Dörren von Gemüse und sonstigen Landeserzeugnissen umgestellt worden sind und infolge dessen die Zahl der in ihnen beschäftigten Personen sogar zugenommen hat. Wenn unter den Versicherten des genannten Gebietes jetzt 1902 weibliche Personen aufgeführt werden, so sind diese sicherlich in erster Linie gerade in diesen neuen Betriebsweisen beschäftigt.

Jugendveranstaltungen.

Beitrag. Das Arbeiter-Jugendheim in der Charlottenburger, Ede Jallostraße ist von jetzt ab Dienstags und Donnerstags, von 8-10 Uhr geöffnet. Donnerstags, 3. Juli, findet im Heim eine wichtige Gemeindeführerversammlung statt, zu der zahlreicher Besuch erwünscht ist.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 26. Berlin C 54, Linienstr. 83/85. — Th. D. 1887. 1. M. kein Reichstagsabgeordneter. 2. Dadurch erledigt. 3. Rinderpest. — S. 100. 1. Ueber den Einfluß des Korymbiums auf den Regen. — Kreis 30 W. Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts. 2. Ihre Frau wird in diesem Falle Witwengeld erhalten, wenn sie selbst 200 Markten gelebt hat; wie hoch das Witwengeld ist, können wir nicht sagen, da wir nicht wissen, in welcher Klasse und wie viel Markten Ihre Frau gelebt hat. — W. 2. 100. Das kann dem Sohne nicht hinderlich sein. — Fr. 828. Der Fall ist uns nicht bekannt. — N. 2. 29. Der Reiter ist nicht ersparlich. — S. 2. — N. 50. Staatliche Unterstützung 10 M. Die Unterhaltungen der Gemeindeführer sind unterschiedlich, in Berlin werden sie in gleicher Höhe wie die staatliche gezahlt. — S. 6. 42. Galtigkeit haben nur die nach 1912 gestellten Marken, die Anwartschaft aus den davorhin gestellten Marken würde erst wieder auflösen, wenn Ihre Frau mindestens 200 Markten gelebt hat. — N. 6. 11. 1. Ja. 2. In der Voraussetzung, daß das Schreiben Ihres Schwagers als rechtsgültiges Testament anzusehen ist, hätten Sie Anspruch auf die Sachen, da Richter nach Ihrer Darstellung nicht vorhanden sind. 3. Nein, das darf sie nicht. — Fr. 9. 9. Herzkrank, schlechte Zähne, Blausucht und Nervenleiden. — G. M. 28. Herzleiden, zurückgekehrt. — V. M. 8. Darin hat sich jetzt nichts geändert gegen die ersten Kriegsjahre, Unterstützung wird verweigert, wenn sich in den Verhältnissen der Frau nach Eingehung der Ehe nichts geändert hat. — Fr. 3. 13. Die Unterstützung wird in diesem Falle nicht nachgezahlt, der Antrag hätte längst gestellt werden müssen. Sie können später zur Nachzahlung der Alimente verpflichtet werden, auch zur Zahlung der Kosten des Rechtsstreites. — Kgl., Treptow. Eine solche Stelle ist uns nicht bekannt. Wenden Sie sich aber an den Tierärzverein, Schillerstr. 5. — Berlin-Verkehr. Wenn das Kind jetzt als das dritte anerkannt ist, haben Sie Anspruch auf Unterstützung. — N. M. 100. Die Ausnahme soll in der Regel zwischen dem 15. und 16. Jahr erfolgen; die Anmeldung hätte beim Kommando des Kuffenbalkortes zu erfolgen. — M. P. 436. Das Gehalt wäre an das Generalkommando zu richten, dem der Truppenteil Ihres Vaters untersteht; der Grund erscheint uns nicht als ausreichend. — G. N. 213. 1. Nein. 2. Wie lange Sie noch im Querschnitt behalten werden, wissen wir nicht, die Entlassung liegt in der Kommandogewalt des Kaisers. — M. 7. 1. Nein. Sie meinen doch zur Querschnittspflicht? 2. Ja, wenn Sie einen Ablebschein von der Firma erhalten, sonst müssen Sie erst die Ausstellung eines solchen beim Kriegsausschuss beantragen. 3. Ja. — Reinhold M. 1. Da Sie im vergangenen Jahre kein volles Jahresverdienst hatten, so wird der jetzige Verdienst zur Grundlage genommen. 2. 176,80 M. Gemeindesteuer, also insgesamt 297,40 M. jährlich. — S. 2. 30. Die Räumung kann auch in diesem Falle erfolgen und Sie sind zur Räumung der Wohnung verpflichtet. — Kriegskasse. Ein bis zwei Jahr. — Staatsbürger. 1. Das Polizeipräsidium hat die Berechtigung dazu. 2. Besondere dagegen erfolgt. 3. Nein. 4. Ja. — M. 2. 100. Wir halten den Lehrvertrag in diesem Falle noch für verbindlich bis eventuell zum 1. Oktober. Es würde sich aber empfehlen, beim Vorstand der Junung darüber Rücksprache zu nehmen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Westlich der Ober ein wenig wärmer und vielfach heiter; im Osten ziemlich kühl, überwiegend bedeckt mit leichten Regenschauern.

Bezirksorganisation Groß-Berlin

(Sozialdemokratische Partei Deutschlands).

Donnerstag, den 5. Juli 1917, abends 8 Uhr:

Versammlung

im „Lehrer-Vereinshaus“, Alexanderstr. 41.

Tagesordnung:

202/12*

Die Kohlenversorgung im kommenden Winter.

Referent: Stadtverordneter Adolf Ritter.

Zur Deckung der Unkosten findet Tellerfassung statt!

Eintrittskarten sind bei den Vorstandsmitgliedern und im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, Hof II, 3 Treppen, zu haben. Telefon: Amt Vorortpl ab 364.

Lungen- und Halsleiden.

Erfolgreiche Behandlung ohne Verabreichung durch unsere Kompositionen Heilmethoden.

Sauerstoffkuren u. künstl. Höhensonne

Erspricht 9-10^{1/2}, 3-4^{1/2}, Sonnt. 10-11. Preis frei.

Sanitätsrat Dr. Weise's Ambul., Berlin 117, Wilhelmstr. 96

Keine Wanze mehr für 1,50

Nur mit Nicodal I u. II zu erzielen!

Ges. gesch. Erfolg vorläufig. Kinderleicht anzuwenden!

Doppelpackung M. 1,50. Ausreich. f. 1-3 Zimmer u. Betten. Zu hab. bei

- S. Hugo Wolter Nachf., a. Hermannpl. Löwen-Drogerie, Prinzenstr. 66.
- Götting, Alexandrinenstr. 29 a.
- Bleulers Drogerie, Bärwaldstr. 6.
- SW. Osk. Schmalz, Dessauerstr. 1.
- Adolf Collin, Friedrichstr. 216.
- Apoth. Kieselich, Wilhelmstr. 147.
- Bruno Schlegel, Lindenstr. 10.
- Gebr. Lozze, Markgrafenstr. 15.
- Paul Eisenbarth, Gneisenaustr. 9.
- Hch. Ross, Kommandantenstr. 72.
- Alf. Gutsche, Blücherstr. 61.
- W. Gebr. Levit, Maaßenstr. 10.
- J. Pusch, Charlottenstr. 65.
- E. Böhm, Potsdamerstr. 26a.
- Wittas Apoth., Potsdamerstr. 84a.
- Klaehres Drogerie, am Prager Pl.
- NW. Frau M. Krause, Alt-Moabit 64.
- G. A. Hesterberg, Luisenstr. 39.
- Karl Rudolf, Thomasiusstr. 2.
- H. erm. Gornick, Rathenowerstr. 48.
- N. Friedr. Persuhn, Friedrichstr. 121.
- Adler-Apothek, am Weddingplatz.
- Karl Koch, Elsassstr. 14a.
- Hch. Bocatius, Schönbl. Allee 132.
- N. v. Drygalski, Weißburgerstr. 53.
- C. Keuns, Brunnenstr. 39.
- Ferd. Amman, Invalidenstr. 33.
- Karl Auerbach, Müllerstr. 152.
- Karl Haß, Soester 112.
- NO. Karl Klopsch, Linienstr. 8.
- Otto Radke, Greifswalderstr. 36/37.
- Majcherkiewicz, Gr. Frankf. Str. 35.
- O. Apoth. Herrfath, Frankf. Allee 112.
- B. Jacob, Kleine Andreasstr. 12.
- Kronen-Drogerie, Warschauerstr. 31.
- S. Mazur, Petersburgerstr. 69.
- Bei Einsendung von M. 1,90 franko durch den Gen.-Vertr. H. A. Groesel, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 49.
- SO. C. F. Heyde, Reichenbg. Str. 35.
- Rosen Drogenh., Skalitz-Str. 46 u. 96.
- E. Kreich, Köpenickerstr. 134/35.
- C. Löwenapoth., Jerusalemstr. 30.
- P. Neumann Nachf., Alexanderstr. 53.
- E. Stengel, Brüderstr. 14.
- Apoth. Mumme, Spand. Brücke 15.
- P. Haase Nachf., Nied.-Wallstr. 28/29.
- Käppen & Franz, Rosenth. Str. 63/64.
- A. Thieme & Co., Landsberg-Str. 54.
- Charlottenburg.
- Apoth. Appler, Postaloznstr. 87a.
- Minerva-Apothek, Bismarckstr. 81.
- E. Gerlach Nachf., Kantstr. 154a.
- Schöneberg.
- Oswald Seide, Hauptstr. 21.
- Halensee.
- A. Bohl, Kurfürstendamm 140.
- Friedenau.
- H. Hanks, Rheinstr. 38.
- Lichterfelde.
- Merkurdrog., Hindenburgdamm 75a.
- Neukölln.
- Georg Sehrndt, Hermannstr. 64.
- C. F. Heyde, Pannierstr. 12.
- L. Katz & Co., Bergstr. 65.
- Pankow.
- Hch. Bocatius, Berlinerstr. 46.
- Steglitz. [220] 5*
- Max Staffel, Schloßstr. 28.
- Tegel.
- Schloßdrog., Berliner-, E. Hauptstr.
- Tempelhof.
- Park-Drogerie, Berlinerstr. 64.
- Weißensee.
- Oskar Anders, Berliner Allee 19.
- Max Dautwitz, Langhansstr. 60.
- Zusendung nach Auswärts durch den Gen.-Vertr. H. A. Groesel, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 49.

Ummius Blut

Zur Ausschließung aller scharfen und kranken Stoffe aus Blut und Säften, gegen Blutverdrückung, Blutandrang, rotes Gesicht, Hautunreinigkeiten ist mein Blutreinigungspulver Salutarin seit über 35 Jahren wirksam erprobt. Versand d. Nachnahme Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

H. Pfau, Bandagist

Berlin Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Referant für alle Krankenkassen

Terrain, 82 Morgen

am See, bester Moorboden, Dabendorfer, Borortstraße Josten, geregelte Straße, elektr. Licht, pro Morgen 4- und 500 M., geringe Anzahlung, in Parzellen von 2 Morgen und mehr verkauft. Dommes, Lichtenberg, Rathausstr. 4. 67a

Elektrolyt Georg Hirth

beht die Verdauung und fördert den Stoffwechsel. Wirkt liehrend auf den ganzen Organismus. Ein Versuch überzeugt. In Pulver- u. Tablettenform für 50 Pf. Halbes Meer nach Quantum in den Apotheken oder direkt von der Ludwig-Apothek, München 5, Neuhäuserstr. 8.

Beschlagnahmefreie Mengen gebrauchter

Sektorken Weinkorken

26 Pf. das Stück 4 Pf.

Zelluloid-Film-
Guttapercha-
Hartgummi-
Wachswalzen-
Schallplatten-
Abfälle kauft

Ordnung G. m. b. H.

Georgenfischstr. 50,
5. Alexanderplatz-
9-12, 3-6 Uhr.

Reuters Werke

3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Ungewante Erwerbs-Möglichkeiten

Metet die nächste Zukunft. Eine Befreiende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall

geschulte Kräfte gesucht

sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen.

Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karnack-Hachfeld“. 80 S. starke Broschüre kostenlos. Bonnes & Hachfeld, Potsdam, Postfach 167

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.

Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

Max Sommer

(Militär-Melauer)
von der 24. Reiter-Inspektion der Gasmwerke.
Beerdigung am Mittwoch, den 4. Juli, nachmittags 4^{1/2} Uhr, auf dem Garnison-Friedhofe in der Hallesche.

Ehre seinem Andenken!
Um rege Beteiligung bei der Beerdigung des Kollegen ersucht
26/20 Die Ortsverwaltung

Hans Tschaege

im blühenden Alter von 22 Jahren.
In tiefstem Schmerz die trauernden Eltern

Frau Tschaege, geb. Böller, als Geschwister:
Willy, Bruder, zurzeit im Lazarett,
Käthe, Schwester,
Georg, Bruder,
Franz, Bruder,
Lieschen, Schwester,
Margarete Köppen, als Schwester,
Arthur Köppen, als Schwager, und Verwandten.

Er hoffte auf ein Wiedersehen. Ruhe sanft im Heidesland!

Du darfst an Deinen schweren Wunden, Die Feindesflugel traf Dich schwer; Vorbei des Lebens goldne Stunden, Für Dich und uns gibt's keinen Frühling mehr. Es ist so schwer, wenn hier zwei liebevolle Augen schließen, Zwei Hände ru'n, die einst so froh gekauft. Und uns're Tränen still und leise fließen, Nicht vor der Welt, dabei in stiller Nacht. Ein großes Glück, ein gold'nes Herz haben wir beieinander! Jetzt schlummert es, auf ewig unvergessen. Hab' tausend Dank für Deine Lieb' und Müh', In unsern Herzen stirbt Du nie!

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
direkt am
Stadthofbahnhof

Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Ipephogen, Pöle. Ehrlich-Dato-Kuren, Schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufshilfe, Blutunterjüngung, Wäg-Pfeile, Zeitabnahme. Sprechstunden 10-1 und 3-8, Sonnt. 11-1

Am 22. Juni 1917 verlor ich von der Heimat als Opfer des Weltkrieges unser lieber Kollege, der Dreher

Erich Zeidler

an Unterleibsleiden. 10681
Wir vermissen in ihm einen treuen und aufopfernden Kollegen, der stets voll und ganz unsere Interessen vertrat. Wir werden seiner stets gedenken.

Die Kolleginnen und Kollegen der Firma Fleck & Co.,
Müllerstr. 30.

Nach jahrelangem, schwerem Leiden verstarb am Samstag, den 30. Juni, nach 25 jähriger Ehe meine liebe Frau

Martha Zeiske

geb. Herbst
im Alter von 49 Jahren.
Um stille Teilnahme bitten
der trauernde Gatte

Robert Zeiske,
Cöpenicker Straße 181.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jolobi-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 60582

Dankjagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Franziska Wenzel

(sprechen wir allen Teilnehmern, besonders Herrn Stadtschreiber Dupont für seine trostreichen Worte unseren Dank aus.)
Am Namen der trauernden Hinterbliebenen
H. Wenzel.

„Atama“ Straussenfedern

„Atama“-Edelstrausfedern sind die besten.

„Atama“-Edelstrausfedern die allerbesten und bleiben 10 Jahre schön.
„Atama“-Straussenfedern kosten 50 cm lang 12 M., 55 cm lang 18 M., 60 cm lang 25 M.
Atama-Edelstrausfedern kosten 40 cm lang 15,— M., 45 cm 25,— M., 50 cm 30,— M., 55 cm 42,— M., 60 cm 48,— M.
Versand nur direkt durch Hesse, Dresden, Scheffelstr. Einzelne Probefedern pr. Nachn.

Petersburg im Zeichen der Wahlen.

In einem anschaulichen Brief an das finnische „Oububstad- bladet“ schildert dessen Petersburger Korrespondent nicht ohne Humor, wie es bei den kürzlich dort stattgehabten Gemeindevahlen zugeht, den ersten, bei denen das neu eingeführte allgemeine Wahlrecht in Russland mit seinen 70 Proz. Schreibkundiger Bürger ausgeübt wurde: „Unter der Jarenherrschaft setzte sich die Petersburger städtische Duma aus Vertretern der Hausbesitzer und solcher Mieter zusammen, die mehr als 1200 Rubel jährliche Miete bezahlten. Die Folge war, daß eine kleine Alike von fortschrittlich gesinnten Geschäftsleuten den städtischen Haushalt ganz in die Hand bekamen und sich weit mehr um ihre eigenen Vorteile als um Wohl und Gesundheit der Einwohner besümmten. Zwar wanderten jedes Jahr ein paar Mitglieder dieser „Gemeindevertretung“ ins Gefängnis, weil sie sich bei einem allzu unerschämten Raubzug hatten ertwischt lassen, aber stets füllte neuer Nachschub die entstehenden Lücken sogleich aus, und Petersburg blieb in seinem paradiesischen Zustand ohne Kanalisation, ohne Stadtbahn, ohne Parkanlagen, mit unwegbaren Straßen, überfüllten Straßenbahnen, ungehobenen Wohnungen usw. Durch die Arbeit dieses Magistrats ist Petersburg nicht nur die teuerste Hauptstadt der Welt geworden, sondern auch die am schlechtesten verwaltete, die am wenigsten für Hygiene und sonstige Kulturförderungen ausgab. Aus all diesen Umständen ist die Bedeutung einer Demokratisierung der städtischen Duma ohne weiteres zu ersehen, zumal sie noch durch eine Verbesserung in anderer Richtung unterstützt wurde. Da Petersburgs Bevölkerung annähernd drei Millionen zählt, beschloß man, nach dem Vorbilde Londons verschiedene Bezirksdumas einzuführen, deren Mitglieder die Angelegenheiten ihrer Bezirke zu verwalten und Abgeordnete in die gemeinsame Zentralstadtduma zu entsenden haben. Die Wahlen zu diesen Bezirksdumas waren es, die nun zum ersten Male Mitte Juni auf Grund des allgemeinen, proportionalen Stimmrechts stattfanden. Schon die Ausschreibung der Wahllisten und die Verteilung der Stimmzettel war eine gewaltige Arbeit; doch wurde sie in weniger als einem Monat beendet. Jeder Bezirk wurde in einen Unterbezirk eingeteilt, der 15 000 bis 25 000 Wahlberechtigte zählte: die Wahlkommission jedes Unterbezirks bestand aus 10 bis 12 Mitgliedern, Männern und Frauen, die mit Hilfe einiger bezahlten Sekretärinnen die ganze Wahlhandlung durchführten. Selbst die Polischeiten verzichtete auf den Achtstundentag; auch ihre Anhänger arbeiteten unausgesetzt 12 Stunden lang mit Ausnahme einiger kurzen Pausen. Die Volkssozialisten erhielten rund 50 Proz. aller Stimmen. An zweiter Stelle kamen die Kadetten mit etwa 25 Proz., während die Sozialdemokraten sich mit 20 Proz. begnügen mußten.“

„Während der drei Wahltage“, so schreibt der Berichterstatter, „beobachtete ich über 9700 wahlberechtigte Männer und Frauen, und nicht ein einziger von ihnen verhielt sich irgendwie unkorrekt bei der Handlung, wenngleich der größte Teil der Wähler aus Analphabeten bestand. Allgemein gab sich ein ruhendes Interesse für alle Einzelheiten kund. Viele waren feierlich gestimmt, andere waren besonders aufgeräumt und freuten sich kindlich darüber, daß alles so leicht und einfach sei. Großes Interesse rief besonders die Wahlurne hervor, ein meterhoher Pappkasten. Er wurde von allen Seiten untersucht. Der und jener findet, daß der Boden solider sein könnte. „Genau wie ein großer Briefkasten“, meinten einige. Alle Petersburger, die franks Wahlberechtigte zuhause haben, wünschen auch deren Stimmzettel abzugeben, und es löst unendliche Mühe, ihnen die Unmöglichkeit eines solchen Vorgehens begreiflich zu machen. „Aber werden sie denn nicht bestraft, wenn sie nicht wählen?“ fragten viele unruhig, indem sie des noch nicht lange verabschiedeten Polizeihinweis gedachten, bei dem alle Verordnungen streng eingehalten werden mußten. Auch Kranke und Schwache, von Gesunden geführt, hielten es für ihre Pflicht, bei der Wahlurne anzutreten. In größeren Gruppen treten Soldaten in das Lokal, desgleichen Invaliden in Begleitung von Krankenpflegerinnen. Die Arbeiter kommen oft mit Kind und Kegel. „Werst nur nicht Euren Säugling aus Versehen in die Urne“, iherzt ein Nebenstehender und deutet auf das Wickelkind, das eine der Wählerinnen im Arm hält. Fünfjährige sitzen auf den Wänden an der Wand und lassen die Wahlhandlung wie eine Theater- vorstellung an sich vorüberziehen. Sie lernen, wie man es machen muß. Ja, wenn sie erwachsen sind, wird das schon eine allgewohnte Sache sein. Ihr glücklichen Kinder!“ Solche Betrachtungen werden angestellt.

Am Montag kommen die Petersburger Köchinnen, um zu wählen, mit ihren gefüllten Körben direkt vom Markte an. Ihnen folgen mehrere mehrliebsteuhte Pastuscher, die ihren Stimmzettel aus dem Stiefelschaft ziehen. Raun haben die Mitglieder der Wahlkommission diese Wähler abgefertigt, als die Aufmerksamkeit von einem eleganten General alten Stils, aber von bedeutend be-

scheidenerem Auftreten als früher, in Anspruch genommen wird. Martialisch schlägt er die Haken zusammen, so daß die Sporen klirren, macht unzählige Male Honneur und verschwindet ebenso effektiv, wie er das Lokal betreten hat. Ihm folgen Studenten mit Büchern unter dem Arm, Strohhüte, die soeben Einkäufe für ihre Familie auf dem Lande gemacht haben und die Hände voller Pakete haben, Priester, die ihr Paar im Revolutionszeifer beschneiten haben, eine Dame mit langgestrecktem zusammengeknittenen Augenbrauen (der aller- neuesten Modus des Schönheitsinstituts), Eisenbahnschaffnerinnen in Uniform — mit einem Wort, die ganze bunte zusammengewürfelte Bevölkerung der Hauptstadt ohne Unterschied des Geschlechts, Standes und Berufs. Im großen ganzen haben die Petersburger nun also den Nachweis für ihre Wahlberechtigung erbracht. Im Herbst folgen den Bezirksdumas die Wahlen zur Zentralstadtduma und endlich nach diesen zwei Hauptproben, die Abstimmung zur National- versammlung, für die die Petersburger Gemeindevahlen eine vorbereitende Etappe darstellen.“

Praktische Ratgeber.

Die Kriegsnot macht uns auf allen Gebieten immer mehr zu Selbstverorgern. Ganz besonders für Gemüse und Obst, denn die Lebensmittel sind uns allen jetzt das wichtigste. Gar manches harmlose und öde Sachen Land oder Baustelle, das jetzt mit neu angelegten Gemüsel- und Beerenbeeten prangt, hat es sich nicht träumen lassen, daß es noch jemals so sorgfältig bearbeitet würde und seinen Bestellern nach dem Schweiß der Arbeit die große Freude am Gekassenen bereiten könnte. Noch Weidmütströpfchen fällt freilich auch in die Freude, wenn die Erfolge den Erwartungen nicht immer ganz entsprechen wollen. Die große Lehrmeisterin Erfahrung ist eben nicht so rasch wie das Stücken Land erstanden. Den vielen jungen Gartenbauern sei ein praktisches Wächlein empfohlen: „Gemüse- und Obstbau im Haus- und Wirtschaftsgarten.“ Von Dr. Franz Fests, Verlag von Th. Thomas, Leipzig. (Preis 60 Pf.) Das kleine Buch gibt gründliche Anleitung über alle Arten der Landbestellung und die dem jeweiligen Boden entsprechenden geeigneten Bepflanzungen, soweit sie für den Kleingarten in Frage kommen. Auch über das richtige Einrichten sowie auch über das Konserbieren des überreuten Obstes und Gemüses enthält das Buch viel gute Rat schläge. Auch der bereits erfahrene Gartenbauer wird aus dem Wächlein noch manches lernen können.

Ueber das Konserbieren des Obstes und Gemüses haben wir in den letzten Kriegsjahren viel gelernt und mancherlei Methoden sind dafür im Gebrauch. Neben den bekannten und bewährten Steriliser-Apparaten, deren Gebrauch durch die erforderliche Reu- anschaffung der Zubehörtteile allerdings etwas kostspielig und umständlich wird, gibt es die einfacheren Verfahren ohne Apparat. Das allereinfachste ist das Konserbieren des Obstes und Gemüses mit Salzwasser; das ist einfaches Wasser, das mit Salzwasser mit der bekannten Dettlers Salzwasser-Hilfe vermischt wird und auf das rote, gereinigte Obst und Gemüse gegeben wird. Keinerlei Kochen ist dabei erforderlich und jedes beliebige vorhandene Gefäß kann zum Aufbewahren benutzt werden. Fast alle Gemüse- und Obst- sorten, mit Ausnahme der ganz weichen, wie Erd- beeren, Himbeeren und Ähnliche eignen sich dazu. Das Verfahren ist so überaus einfach und fast kostenlos, daß es auch dem kleinsten Haushalt ermöglicht, trotz der hohen Preise und großen Knappheit eine kleine Menge für den kommenden Winter einzumachen. Genaue Anleitung gibt ein kleines Wächlein: „Ein- lochen ohne Zucker.“ Von Helene Klingemann, Verlag von Ed. Pöde, Chemnitz, Preis 30 Pf. Der Kriegsausdruck für Volksernährung hat auch ein empfehlenswertes Wächlein herausgegeben: „Anleitung zur Erhaltung der diesjährigen Obstern.“ Verfaßt von Elise Hannemann, verlegt von Karl Gehrmann, Berlin, Preis 25 Pf. Das Buch macht uns mit einem Gemüsel-Verfahren bekannt, das an Stelle des fehlenden Zuckers Benzoes- und Ameisensäure zur Konserbierung empfiehlt. Jedensfalls auch ein erprobtes und einwandfreies Verfahren, dafür bürgt der Name der Verfasserin und Herausgeber. Die Methode ist auch sehr einfach in der Handhabung.

Zum Schluß sei auch noch eines Kochbuches gedacht, das uns die jüngste Kriegszeit brachte. Schon der Titel ist vertrauens- erweckend: „Spars Kochbuch für knappe Zeiten“ von Marga Hinzpeter (Verlag Union, Deutsche Verlags-Gesellschaft, Preis 1,50). Gemäß ist es jetzt der Hausfrau sehr schwer, sich nach irgendwelchen Kochvorschriften zu richten, da man stets nur mit dem geringen Vorhandenen rechnen muß, aber das Wächlein ist so vielseitig und auch so vollständig gerade auf die jüngsten Kriegswirtschaftsverhältnisse angepaßt, daß es doch sicherlich manche nützliche Anregung zu bieten vermag. Vielleicht kommen ja auch mal wieder bessere Zeiten, wo es dann auch noch von großem Nutzen sein kann. Es enthält auch

einen Anhang praktischer hauswirtschaftlicher Rat schläge, die man immer gebrauchen kann.

Der Anleitungen zum Sammeln von Wildgemüsen und Tee- und Kaffeeersatzstoffen gibt es bereits eine ganze Menge. Und immer erscheinen noch neue, obwohl die Zeit für die Gemüse- verwertung der wildwachsenden Pflanzen bereits wieder zumeist vorbei ist. Aber die Wäcker wollen ja dauernd Nutzen stiften und für manche Zwecke bietet ja Sommer und Herbst auch und erst recht allerlei Pflanzen und Früchte. Darüber hinaus aber bieten diese Wäcker besonders dem Städter die vielfach fehlende Hand- habe, mit der Pflanzenwelt vertraut zu werden, beobachten zu lernen und auch über den unmittelbaren Nutzen hinaus ihm Freude an der Natur zu bereiten. Durch reiche Auswahl und besonders gezielte Anordnung empfiehlt sich Agnes Kleins und Paula Wifferts Schrift: „Vaterländisches Sammeln unserer Wildgemüse, Tee- und Heilkräuter“, sowie ihre Zubereitungsgarten (Paul Varez, Berlin, 80 Pf.). Sie gibt eine Monatsübersicht der jeweils nützlichen Pflanzen und behandelt dann — durch Abbildungen vor- bereitet — Frühlingspflanzen, Spinat, Wildgemüsepflanzen, Wurzelgemüse, Wildbeerenpflanzen, Wildsalate, Wäcker, Tee-, Arznei- kräuter und schließlich auch die wilden Früchte und die wilden Del- gepfeil- und Futterpflanzen.

Wer aber wirklich von Grund aus lernen will, was alles unsere Pflanzenwelt uns an Nahrungem zu liefern vermag, sei es zu hauswirtschaftlichen, technischen oder medizinischen Zwecken, der findet reichste Belehrung in einem älteren Werke von J. Troost: „Angewandte Botanik“, das der Verlag von Th. Thomas in Leipzig jetzt wieder auf den Markt bringt. (Preis 2 M.) Dieses von der Reichsstelle für Gemüse und Obst mit Recht empfohlene Buch ist eine wahre Fundgrube von allem und neuem. Vieles vergessene Verwendungen, alte Rezepte sind darin festgelegt und regen zu neuer Erprobung an. Nicht weniger als 250 wilde Pflanzen (mit 203 Abbildungen) sind darin beschrieben und mit vielerlei Anleitung zum Ansuchen und Zubereiten versehen. Man freut sich, daß dieser über 25 Jahre alte Ratgeber jetzt wieder zu Ehren kommt.

Das „Bluten“ der Marienfärschen.

Die Marienfärschen, die sich übrigens als Feinde der Blatt- lous sehr nützlich betätigen, stellen sich wie viele andere Insekten bei plötzlicher Verührung tot und lassen dann — gewissermaßen zu ihrer Verteidigung — am Ende der Füße eine gelbe, schleimige, überfließende Flüssigkeit austreten. Die anatomischen Verhältnisse, durch die dieses sogenannte Bluten der Marienfärschen ermöglicht wird, wurden nunmehr durch den Forscher Dr. A. G. Lub festgestellt. Die die Naturwissenschaftliche Zeitschrift“ hierüber mitteilt, be- sichtigt das Anlegen des Marienfärschens äußerlich elastische Gelenk- häute, die aus Zellulose bestehen und die Öffnung des Schen- kels dort, wo die Sehne des Streckmuskels sichtbar wird, verschließen. Bei genauer Betrachtung erkennt man, daß sich in der äußeren dieser Gelenkhäute eine Spaltung befindet. Wenn nun der Marienfärscher sich totstellt, so preßt er durch die dabei erfolgende starke Zusammen- ziehung der Hinterleibshöhle das Blut in die Beine. Der feste Verschluss zwischen Schenkel und Sehne wird durch die starke Beugung der Beinschiene gelockert, die Sehne bringt — wie die Spitze eines Messers in das Fett — zwischen die beiden Ranten des Schen- kels, und das „Blut“ tritt durch die Spalte der Gelenkhaut aus dem Anlegel hervor. Um den Vorgang des Blutens zu erleichtern, suchen die Färschen beim Totstellen die Beugung der Schiene so viel wie möglich zu verhärten. Das Blut der Marienfärschen dient ihnen zum erfolgreichen Schutz gegen zahlreiche Feinde. Besonders die Spinnen, Eidechsen und auch größere Käufstler werden dadurch in gebührender Entfernung gehalten, da die Flüssigkeit auf sie eine abstoßende Wirkung zu haben scheint.

Notizen.

— Als Vertreter der Pathologie an der Westmar Universität hat an Stelle des verstorbenen Prof. Orth Prof. Lud- wig Aschoff einen Ruf erhalten. Aschoff ist 1866 in Berlin ge- boren und leitet zurzeit das pathologische Institut in Freiburg i. Br. — Lebensmittellarten und Notgeld. Die Leipziger Typographische Gesellschaft hat sich mit der drucktechnischen Ausstattung von Lebensmittellarten und von Notgeld beschäftigt. Die Lebensmittellarten sind meist im Anzeigenstil gehalten. Eine rühmliche Ausnahme macht z. B. Frankfurt a. O., das die Karten von Künstlern entwerfen ließ. Die Zeichnung der Notkarte zeigt dort die Silhouette der Stadt, wo die Landfrauen mit der Ader- bestellung beschäftigt sind. Im Gegensatz zu den Lebensmittellarten zeigt das von Gemeinden ausgegebene Notgeld bessere Ausführung. Vieles hat es aber auch hier an Verständnis für Anordnung und handliche Größe gefehlt. Fast nirgends ist die Sicherung gegen Fälschungen ausreichend. Besonders interessant ist das Geld der Kriegesgefangenenlager, das sich in Stücken von 5 Pf. bis 20 M. meist in guter Ausstattung vorfindet.

Der starke Mann.

Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg. Der junge Instruktor zeigte seine kleinen scharfen Zähne und lächelte bössartig, gefällig. „Es kommt aber bekanntlich nicht nur auf uns allein an. Möglicherweise steht eines Tages der große Nachbar vor unserer Tür und sagt: Eure Eigenbrödelei geht mir gegen den Strich. Jetzt will ich Euch einmal die Hausordnung vorschreiben! Was glauben Sie, Herr Oberst — ob unser Kunde da nicht bald parieren lernte?“

„Ja so? Eine harte Ruß, hehe! Da könnte einem der große Nachbar schier leid tun. Nämlich die Zähne würde er sich daran ausbeißten. . . . So kommt mir die Sache vor!“ polterte der Alte, der doch mehr als der Junge vom Urbäter- geist in sich hatte.

In der Dämmerung verließ der unfreiwillige Urheber die Kaserne mit dem schwerlastenden Gefühl, daß seine Tätigkeit an dieser Stätte abgeschlossen sei. Die kamerad- schaftlichen Handschläge und Glückwünsche wogen merk- würdig leicht in seiner Brust; sie bedeuteten ihm genau so viel oder so wenig wie die automatische Ehrbezeugung des Postens vor dem Schilderhäuschen. Durch die Ver- kettung unglücklicher Umstände und das Uebergewicht der Gegner hatte er eine schwere Schlappe erlitten. Das mußte er sich eingestehen. Hingegen war er nicht imstande, seine Lage ruhig abzuwägen und die erforderlichen Schritte zu tun. Vorerst stand er ruckhaltlos auf der StraÙe. Oberst Steiger befand sich mit Frau und Tochter an der Riviera, von wo ihm ein lauer Wind hin und wieder ein harmloses Kärtchen zutrug. An diese kümmerlichen Liebeszeichen und Beteuerungen unbedingter Freundschaft klammerte sich die gehegte Seele. „Solange diese Bräute trägt, bin ich ja doch unbesiegbar!“ Daß sich hinter diesem Gefühl nur die eigene Dummheit barg, offenbarte ihm sein Verstand nicht. Zuweilen packten ihn wohl grimmige Zweifel. Wie konnte Renée Steiger in diesen Tagen der Bedrängnis — der schwersten seines Lebens — wochenlange Vergnügungsreisen machen? Das schuf ihm fast mehr Verdruß als die öffentlichen Beschimpfungen. Er hatte sich zwar wohlweislich gehütet, ihr in Briefen sein Herz aus- zuschütten, Befürchtungen wegen dem Richterspruch und seiner

Laufbahn verlauten zu lassen. Das Wenige, was sie von ihm persönlich vernahm, zeigte ihm immer noch von der zu- versichtlichen Seite. Um keinen Preis durfte sie merken, in welchem Maße er auf diese Gemeinschaft baute. Und ihre Liebe? Ach, ihm fehlte wahrlich nicht so sehr eine mitfühlende Seele, als ein respektgeugendes Deforum; er vermügte jetzt mehr die aufsehenerregende Sportsdame, neben der er allen Feinden zum Trost gerade in dieser kritischen Zeit gar zu gern durch die Straßen von Treustadt ge- ritten wäre. Warum blieb sie ihm diesen kostbaren Beistand schuldig? Sie allein konnte ihn retten, aus dem Staube wieder in den Sattel heben.

Niedergeschlagen, ein lästiges Gähnen in der Kehle, schlenderte er stadtein. Am liebsten hätte er jetzt ein ab- lenkendes, sinnbetäubendes Pokerspiel mit seinen Klubleuten unternommen. Nun mußte er aber zuvor einen anderen Weg einschlagen, einen Weg, der dazu angetan war, seine Willenskraft vollends lahmzulegen. Nach Hause! Alle Weiseln der Erniedrigung, des schwankenden Bewusstseins, drohten aus dieser menschlichen Pflicht. Seit der Katastrophe war er nicht mehr daheim gewesen. Hingegen hatte ihn der Bruder in der Kaserne aufgesucht und bittere Nachrichten vom Leben der beiden Alten im „Frohman“ überbracht. Der Vater wählte, sich wegen der Schande seines Jüngsten nirgends mehr sehen lassen zu dürfen, während die Mutter vor den grausamen Anklagen des Hypochonders keine Stunde Ruhe finden konnte, von Tag zu Tag stärkere Asthmaanfalle erdulden mußte. „Der soll sich ja nicht unterstehen, mir noch- malers vor die Finger zu kommen. Es könnte sonst noch höhere Dinge abgehen!“ lautete die ständige Drohung des Alten, wenn Adolfs Name genannt wurde. Heute nachmittag hatte jedoch die Frau Bratwursterin Nachricht geschickt, die Mutter, deren Zustand besorgniserregend sei, wolle ihn durchaus sehen und sprechen. Diesem Gebot mußte er gehorchen, wie abschreckend auch die Gefahr eines Zusammen- pralls mit dem Vater wirkte. Er konnte sich ja denken, was die treue Mutterseele seinetwegen durchgemacht hatte. Wie oft mochte ihr in diesen Wochen der blutige Noßn zuteil ge- worden sein: „Da hast du jetzt den Lohn für die Grob- hanferei mit dem sauberen Sprößling, für den nichts gut genug ist, und dem man den Geldsädel auf einem seidenen

Auf seiner Stube hatte er lange geandert, ob er zu diesem Gang die Uniform nicht besser ablegen solle. Aber das ließ der Trost nicht zu. Schon der Gedanke, was dann die Schwefel für verständnisinnige, vorahnende Augen machen würde, brachte ihn davon ab. Einstweilen war er immer noch der Instruktionsoffizier Lenggenhager, und dafür hoffte er auch fernerrhin angesehen zu werden.

Als er dann vom Staader Bahnhof die Dorfstraße nach dem See hinunterschritt, kam er sich gleichwohl beinahe vor wie ein Sträfling, der vom Landjäger nach dem Heimatsort gebracht wird. Bei dem sommerlich milden Wetter hielten die Staader den Feierabend bereits wieder im Freien ab; Ge- meindeamann, Posthalter, Apotheker — alle saßen oder standen vor ihren Häusern und trieben mancherlei Nachbarschaftskunde, die beim Erscheinen des Oberleutnants Lenggenhager natürlich den Höhepunkt erreichte. Es fehlte nur noch, daß die biederen Leute mit Händen auf ihn zeigten oder bei seinem Anblick entsetzt die Flucht ergriffen. Ja, er meinte da und dort im Vorbeigehen zu hören und zu sehen, wie die Frau dem Rame, das Kind den Eltern tief oder winkte, damit ihnen der berüchtigte Revolverheld und Preußen- knecht oder wie er sonst noch genannt wurde, ja nicht ent- gehe. Doch gerade deshalb ging er nicht den Feldweg, nicht hinten herum; auch seine Staader mußten wissen, daß er den Kopf so hoch trug als je zuvor. Unbefangen grüßte er in seiner kurz angebundenen Art, wenn ihm ein alter Bekannter begegnete. Einmal lachte er jedoch verächtlich bitter in sich hinein, weil er bemerkte, wie ein sonst recht gesprächiger Better bei seinem Anblick schnell um die nächste Ecke bog. Diese Feiglinge und Sklaven der öffentlichen Meinung konnte er zur Genüge!

Auf dem väterlichen Hofe war merkwürdigerweise keine lebende Seele zu entdecken. Wo steckten denn die Adermann- schen Kostgänger? Hatten sie sich vielleicht auch ehebar zurück- gezogen von dieser Stätte, die solch ein Ungeheuer näherte? Oder war der Alte endlich soweit zur Vernunft gekommen, daß er diesen zudringlichen Vurschen den Laufpaß gab? Doch richtig — der Offizier erinnerte sich mit wachsendem An- behagen der Nachrichten seines Bruders. Sogar den letzten Regungen der väterlichen Handelslust habe der Standal den Garaus gemacht; es sei seither nicht ein Köpplin Vieh mehr, in den Stall gekommen. (Fortf. folgt.)

